



Wortprotokoll

der 201. Sitzung vom 5. Juni 1998

Resoconto integrale

della seduta n. 201 del 5 giugno 1998

XI. Legislatur
XI. Legislatura
1993 - 1998

**SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO**

SITZUNG 201. SEDUTA

5.6.1998

INHALTSVERZEICHNIS

“Landesgesetzentwurf Nr. 138/97/bis:
Änderungen von Landesgesetzen und
damit zusammenhängende
Haushaltsänderungen für das Finanzjahr
1998”. (Fortsetzung)..... 10

INDICE

“Disegno di legge provinciale n.
138/97/bis: Modifiche di leggi
provinciali e connesse variazioni al
bilancio per l’esercizio finanziario
1998”. (continuazione)..... 10

Nr. 201 - 5.6.1998

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. UMBERTO MONTEFIORI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.12 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

ATZ (Sekretär - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Comunicazioni della Presidenza:

Folgende Anfragen wurden eingebracht: Sono state presentate le seguenti interrogazioni: N. 8348/98 (Kury/Zendron), betreffend den Schülertransport St. Konstantin-Völs am Schlern - riguardante il trasporto alunni San Costantino-Fiè allo Sciliar; N. 8349/98 (Denicolò), betreffend die Gestaltung des von der Autonomen Provinz Bozen, Amt für Personennahverkehr, herausgegebenen Fahrplanes - riguardante l'orario dei mezzi pubblici pubblicato dalla Provincia autonoma di Bolzano, Ufficio trasporto locale di persone; N. 8350/98 (Willeit), betreffend Herrn Robert Hochgruber - Tschötsch 99, 39042 Brixen - Mietgeldbeihilfe - riguardante il signor Robert Hochgruber - Scezze 99, 39042 Bressanone - sussidio casa; N. 8351/98 (Holzmann), betreffend den künftigen Arbeitsstundenplan von Frau Prof. Vicentini Viola - riguardante il futuro orario di lavoro della prof.ssa Vicentini in Viola; N. 8352/98 (Minniti), betreffend einige leerstehende Institutswohnungen in Sinich - riguardante la presenza a Sinigo di alcuni alloggi IPEAA non occupati; N. 8353/98 (Minniti), betreffend die Nationalität jedes einzelnen Mieters des Wohnbauinstituts in Südtirol - riguardante la nazionalità di ogni affittuario alloggio IPEAA presente sul territorio della provincia; N. 8354/98 (Minniti), betreffend die Altlasten des Magnesiumwerkes in Bozen - riguardante le scorie della Magnesio di Bolzano.

Von Landesrat Di Puppò beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Di Puppò: N. 8226/98 (Minniti), betreffend die Autobushaltestelle gegenüber dem Krankenhaus Brixen - riguardante la fermata dell'autobus di fronte all'ospedale di Bressanone.

Von Landesrat Frick beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Frick: N. 8168/98 (Bolzonello), betreffend die Gewährung von Investitionsbeiträgen an verschiedene Handwerksbetriebe - riguardante l'assegnazione di contributi per investimenti a diverse imprese artigiane.

Von Landesrat Hosp beantwortete Anfragen: Interrogazioni con risposta scritta da parte dell'assessore Hosp: N. 8244/98 (Kury/Zendron), betreffend das Thesenheft von LR Dr. Bruno Hosp - riguardante l'opuscolo con le tesi dell'assessore dott. Bruno Hosp.

Folgende Beschlußanträge wurden eingebracht: Sono state presentate le seguenti mozioni: N. 404/98 (Leitner/Tarfusser), betreffend die Amtsvergütungen - riguardante le indennità di carica.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Ianieri (pom.), Minniti (pom.) e Munter e l'assessore Mayr.

Voci insistenti, e l'abbiamo anche letto sui giornali, dicono che alle ore 13 ci sarà una richiesta di interrompere il Consiglio. Chiedo a chi sa se volesse dirci qualcosa.

Ha chiesto di intervenire il consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

FRASNELLI (SVP): Gerne komme ich dieser demokratischen Aufforderung des Präsidenten nach, ganz einfach um zu bestätigen, was er hier aufgrund von Informationen, die offensichtlich - auf welchem Wege auch immer - in die Medien gelangt sind, in den Raum gestellt hat. Ich möchte dies - wie gesagt - bestätigen. Danke, Herr Präsident!

PRESIDENTE: E' una richiesta formale di interruzione dei lavori di Consiglio a cui si è sempre risposto affermativamente. La seduta terminerà quindi alle ore 13 e non riprenderemo alle ore 15.

Ha chiesto di intervenire la dottoressa Klotz sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

KLOTZ (UFS): Ich möchte meiner Empörung darüber Ausdruck verleihen, daß wir diese Meldung aus den Rundfunknachrichten erhalten mußten. Sie wissen anscheinend ganz genau, daß heute Nachmittag keine Sitzung stattfindet, weil die Südtiroler Volkspartei ihre Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen am Berg vorstellt bzw. eine Bergwanderung unternimmt.

PRESIDENTE: Collega Klotz, La prego di non abbandonarsi....l'ordine dei lavori non c'entra con gli impegni della SVP.

KLOTZ (UFS): Entschuldigung, Herr Präsident! Ich habe 5 Minuten Redezeit zum Fortgang der Arbeiten zur Verfügung.

Erstens. Ich muß meiner Empörung darüber Ausdruck verleihen, daß nicht der Landtag, sondern die Medien zuerst Bescheid wissen.

Zweitens. Wir haben in der Fraktionssprechersitzung lange darüber beraten, wie man die Arbeiten des Landtages effizienter gestalten kann, um vor allen Dingen zusätzliche Sitzungstage zu vermeiden. Wir haben uns alle dagegen ausgesprochen, am Kalender, wie wir ihn seit November, spätestens Jänner, letzten Jahres festgesetzt haben, etwas zu ändern.

Drittens. Ich muß ganz einfach sagen, daß, sollten Forderungen auftauchen, zusätzliche Sitzungstage einzuberufen, wir dem nicht zustimmen können. Wir verlieren jetzt für parteistrategische Angelegenheiten bzw. Maßnahmen einen halben Sitzungstag bzw. 4 Stunden. Es ist nicht üblich, für parteistrategische Maßnahmen oder Erfordernisse ad hoc einen halben Sitzungstag ausfallen zu lassen. Der gesamte Landtag müßte sich jetzt daran halten und könnte nicht mit den geplanten Arbeiten fortfahren. Ich möchte sowohl formell als auch offiziell dagegen protestieren!

KURY (GAF-GVA): Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten! Ich denke, daß dies eigentlich eine Unverfrorenheit ist. Wir haben die Landtagssitzungen für das ganze Jahr geplant, und zwar aufgrund einer in der Fraktionssprechersitzung erzielten Übereinkunft. Ich würde mich sehr gerne an den Präsidenten bzw. an die Vizepräsidentin wenden. Irgendein Ansprechpartner muß doch in diesem Saal sein, der dafür Sorge trägt, daß der Kalender der Landtagssitzungen eingehalten wird. Herr Präsident! Ich wende mich an Sie, weil Sie immerhin der Garant dafür sind, daß der Sitzungskalender, wie wir ihn gemeinschaftlich und einstimmig genehmigt haben, eingehalten wird. Ich möchte Sie schon ersuchen, mir Ihr Ohr zu leihen!

Ich wiederhole noch einmal. Ich empfinde es - gelinde gesagt - als eine Unverfrorenheit, daß man einerseits dauernd in den Medien der Opposition die Schuld dafür gibt, daß die Arbeiten im Landtag nicht zügig vorangehen, andererseits aber - parallel dazu - die SVP einfach hergeht und sagt, sie müsse heute ihre Parteikandidaten vorstellen. Deshalb sollten die Arbeiten des Landtages am Nachmittag ausfallen. Ich glaube, daß dies das Präsidium eines Organs, sprich des wichtigsten Organs in Südtirol - wenn es seine Aufgabe ernst nimmt -, auf die Palme bringen müßte. Man kann nicht großzügig darüber hinwegsehen und sagen: "Heute hat die SVP keine Zeit. Lassen wir die Arbeiten ausfallen. Dafür setzen wir dann Zusatzsitzungen fest." Parallel dazu noch der Opposition in der Öffentlichkeit die Schuld dafür zu geben, dies kann nicht akzeptiert werden!

Herr Präsident, ich ersuche Sie um eine ganz klare Antwort! Nehmen Sie den Antrag des Kollegen Frasnelli an? Wenn Sie gewillt sind, dies zu tun, ersuche ich jetzt schon um Unterbrechung der Sitzung am Vormittag, und zwar nach Ihrer Antwort, um mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Opposition darüber zu beraten, wie wir die Arbeiten in diesem Fall fortsetzen können. Es ist eine Unverfrorenheit, Menschen, die gewillt sind, zu arbeiten, am Morgen darüber zu informieren, daß am Nachmittag nicht gearbeitet wird. Parallel dazu wird gesagt, daß eventuelle Zusatz- bzw. Nachtsitzungen einberufen werden.

So - glaube ich - kann es in diesem Südtiroler Landtag nicht gehandhabt werden.

Ich wiederhole noch einmal meine Forderung an den Präsidenten. Sagen Sie klar und deutlich, ob Sie den Antrag des Kollegen Frasnelli annehmen oder nicht! Wenn Sie dem zustimmen, erkläre ich bereits jetzt, daß ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Opposition beraten werde, wie wir diesem Fall begegnen. Auf alle Fälle läuft es nicht ohne deutlichen Protest unsererseits ab. Ich schließe mich auch den Worten meiner Vorrednerin an. Etwas mehr Seriosität und Verantwortungsbewußtsein würde in diesem Raum nicht schaden!

PRESIDENTE: La collega mi ha fatto una domanda e io Le rispondo. Innanzitutto Le chiedo scusa se non riesco ad uniformarmi al Suo carattere, almeno verbalmente, focoso; mi rifiuto tutte le volte che posso. Non riesco ad assumere dei toni violenti quando si parla di una decisione. So che sui giornali e alla radio sono circolate queste notizie, però a livello personale non credo che dobbiamo arrivare a dei bisticci. Non mi sembra giusto che si aumenti la pressione sanguigna, che ci inquietiamo, siamo qui per discutere serenamente.

C'è una richiesta non molto formalizzata, e adesso la vedremo meglio, da parte della SVP, perché io con molta tranquillità ho chiesto al collega Frasnelli lumi per non arrivare alle 13 senza sapere niente. Il collega mi ha fatto capire, in maniera molto informale, che le voci corrispondevano al vero.

Invito tutti i colleghi a non prendersela in prima persona, teniamo la discussione ad un giusto livello, diciamoci quello che dobbiamo dirci senza coinvolgimenti emotivi, anche perché non è il caso. Il collega Frasnelli mi ha dato una mezza risposta. Si sono prenotati i colleghi Leitner e Holzmann. Quando loro avranno finito, se sarò presente in aula risponderò io, se non ci sarò si regolerà al meglio la vicepresidente Kasslatter-Mur. Però io mi rifiuto di farmi coinvolgere in qualsiasi diatriba personale. Io per primo vorrei imporre a me stesso quello che si dice un "fair play" inglese, ma anche un "fair play" tirolese non guasterebbe.

Detto questo, io ho un appuntamento istituzionale a cui tengo molto, quindi spero che la vicepresidente mi sostituisca.

La parola al consigliere Leitner, sull'ordine dei lavori.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich werde sehr kurz und klar sein. Es ist üblich, daß eine Fraktion eine Aussetzung für das Studium eines Gesetzentwurfes oder wofür auch immer beantragt. Aber es ist etwas anderes, wenn eine Partei die Landtagskandidaten vorstellt und deshalb der gesamte Landtag unterbrochen wird, und zwar in einer Zeit, in der eine Flut von Gesetzen zu behandeln wäre. Außerdem haben wir eine Abmachung getroffen, die Zeiten zwischen Opposition und Mehrheit aufzuteilen, um auch mit den Beschlußanträgen weiterzukommen. Wir sind nun wieder einmal dabei, alles über den Haufen zu werfen. Es ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung, für einen solchen Zweck, den wir im übrigen - wie bereits gesagt wurde - aus

den Medien vernehmen mußten, die nachmittägige Sitzung ausfallen zu lassen. Das ist nicht korrekt. Dagegen muß man protestieren. Dies ist keine Vorgangsweise. Denn könnte jede Fraktion hergehen und sagen: "Wir möchten einen halben Sitzungstag streichen, um die eigene Liste für die Landtagswahlen vorzustellen." Mit welcher Begründung würden Sie es dann ablehnen? Dagegen protestieren auch wir energisch.

HOLZMANN (AN): Innanzitutto, Presidente, ho trovato un po' fuori luogo la sua paternale al Consiglio provinciale perché se noi prendiamo la parola sull'ordine dei lavori per esprimere le nostre opinioni, siamo nei limiti del regolamento, senza bisogno di richiami al fair play o al rapporto con i colleghi. Non credo che tra i Suoi compiti ci sia anche quello di bacchettare i consiglieri che si apprestano ad intervenire sull'ordine dei lavori. Io intervengo, Lei non sa ancora quello che voglio dire, non può farmi prima la paternale. La SVP fa una richiesta che io giudico abbastanza grave perché arriva in un momento particolare dei lavori del Consiglio. C'è la legge sull'edilizia, importantissima, che riguarda migliaia di persone, c'è la legge sul commercio, altre leggi parcheggiate, ci saranno due bilanci da votare fino alle elezioni e si sospendono i lavori per mezza giornata perché un partito deve presentare i suoi candidati. Ci sono delle giornale libere, oltre al sabato e la domenica, non vedo la ragione di questa richiesta. Oppure questo diritto deve essere dato a tutti. Quando si discuterà la legge dell'edilizia, nulla vieterà che 5 o 6 gruppi chiedano a ripetizione - ma almeno per quanto mi riguarda chiederò la sospensione dei lavori del Consiglio per presentare i nostri candidati - poi che nessuno si azzardi a dare la colpa a noi se i lavori del Consiglio non vanno avanti e le leggi non passano. Ci sono più di 11 gruppi, spero che molti altri seguano il mio esempio.

Questa è una cosa che critico dal punto di vista sostanziale, e lo critico, credo, anche una parte consistente della SVP, se si deve dar credito a quello che è riportato dai giornali. Mancheranno circa 20 sedute alla fine della legislatura, con i problemi che abbiamo credo sia del tutto inopportuno rinunciare a mezza giornata di seduta.

KURY (GAF-GVA): Herr Präsident! Ich möchte eine Präzisierung anbringen. Ich ersuche Sie, jetzt zuzuhören! Offensichtlich hatten Sie vorher nicht genau hingehört. Folgende Präzisierung erscheint mir wichtig. Als ich mich an Sie, Herr Präsident, gewandt habe, wollte ich nicht eine persönliche Meinung aus Ihrem Munde hören. Ihre persönliche Meinung interessiert mich in diesem Zusammenhang relativ wenig. Das können wir auch privat in der Bar besprechen. In dem Augenblick, in dem ich den Antrag der SVP kritisiert habe, habe ich mich an Sie in Ihrer Funktion als Landtagspräsident gewandt. Ich denke, daß es mein Recht ist, mich an jene Einrichtung zu wenden, die doch eigentlich dafür Sorge tragen mußte, daß Übereinkünfte, die einstimmig im Fraktionssprecherkollegium getroffen worden sind, wie zum Beispiel die Verabschiedung des Sitzungskalenders, eingehalten werden. Ich wende mich noch einmal an Sie, Herr Präsident, und zwar nicht in privater Form, um von Ihnen eine offi-

zielle Antwort zu erhalten. Sind Sie bzw. das Präsidium des Südtiroler Landtages der Meinung, daß man diesen Antrag annehmen kann? Ich ersuche Sie um eine klare Antwort dazu! Wenn ja, also, wenn Sie der Meinung sind, diesem Antrag stattzugeben, ersuche ich sofort um Unterbrechung der vormittägigen Sitzung! Meine Kolleginnen und Kollegen sollen die Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, was in diesem Fall zu tun sei, nämlich, die Arbeiten im Landtag fortzusetzen. Dazu sind wir gewählt und dieser Aufgabe würden wir gerne nachkommen. Dies meine Präzisierung, Herr Präsident!

BENEDIKTER (UFS): Herr Präsident! Ich möchte nur einen Satz sagen. Ich protestiere nicht gegen den Antrag der Südtiroler Volkspartei, sondern dagegen, daß man bei diesem Lärm arbeiten soll. Entschuldigen Sie! Daß am Nachmittag keine Sitzung stattfindet, ist entschieden. Ich würde vorschlagen, jetzt Schluß zu machen. Bei diesem Lärm kann man nicht arbeiten. Wenn die Bauarbeiten schon notwendig sind, ersuche ich, die Sitzung zu schließen!

MINNITI (AN): Anch'io ritengo disdicevole sia l'atteggiamento della SVP che ritiene di considerare questo Consiglio provinciale come un bene a proprio uso e consumo, e quindi nel momento in cui non serve fa le riunioni di Consiglio perché ci sarebbero altri momenti più importanti come quello della presentazione della lista. Ecco che ritiene di non fare Consiglio nonostante i grossi problemi che l'intera comunità altoatesina deve fare. Ma ritengo disdicevoli anche le affermazioni del Presidente del Consiglio provinciale che onestamente trovo fuori luogo, e mi spiace che se ne vada. Sono affermazioni che non trovano né capo né coda, sia per i contenuti sia per la maniera in cui ha ritenuto di intervenire, commentando affermazioni di una nostra collega che sono state fatte all'interno di quello che prevede il regolamento, che quindi non dovrebbero essere commentate da nessun rappresentante istituzionale né dal Presidente, che dovrebbe essere al di sopra delle parti. Ritengo un fatto grave quella paternale del Presidente del Consiglio provinciale Montefiori, che si dimostra al di sotto delle parti, perché è veramente pericoloso che in questo Consiglio prenda piede la consuetudine che il Presidente del Consiglio, non come consigliere, si metta a commentare delle opinioni che vengono espresse in quest'aula in virtù di quelli che sono i nostri diritti di consiglieri, ma soprattutto in rispetto del regolamento interno, mentre i consiglieri che fino adesso hanno parlato, a favore o contro, sull'iniziativa della SVP hanno parlato in rispetto del regolamento. Se qualcuno non lo ha rispettato è il Presidente del Consiglio, ed è un fatto grave che deve essere politicamente condannato ma istituzionalmente ci preoccupa.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

Dr. SABINA KASSLATTER-MUR

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Frau Zendron hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

ZENDRON (GAF-GVA): Anch'io voglio esprimere la mia perplessità di fronte ad un atto di boicottaggio dei lavori del Consiglio che viene qui messo in atto con grande leggerezza da parte del partito di maggioranza. Io Le vorrei chiedere di esaminare la possibilità di continuare i lavori del Consiglio nel pomeriggio, anche se mi rendo conto che i rapporti di forza all'interno di questo Consiglio provinciale fanno sì che venga a mancare effettivamente il numero legale. Le chiedo di fare una riflessione in quanto Presidente del Consiglio su una situazione che è indecorosa, che offende le istituzioni. Con tutti i giorni liberi possibili per presentare i propri candidati, come fanno poi tutti gli altri partiti rispettando le istituzioni, qui che siamo in un momento difficile di ingorgo dei lavori del Consiglio che non si sa come farà a portare avanti fino alla fine alcune leggi importanti fra cui anche la modifica della legge sulla valutazione di impatto ambientale, la legge sull'edilizia abitativa attesa e importante, a tal punto che si è voluto fare questo piccolo teatrino e si è incominciato a discuterla e poi è lì da due sessioni. Pensate un po', le persone aspettano, i giornali dicono che all'inizio di ogni sessione si comincerà a discutere la legge sull'edilizia abitativa, e invece in realtà non c'è nessuna intenzione.

Io Le chiedo, Presidente, di esaminare il calendario fino alla fine della legislatura e di chiedere al Suo partito come pensa di portare avanti almeno le cose principali. Comincio a credere che se anche gli altri partiti cominciano a presentare i loro candidati, qui non si farà neanche il bilancio di assestamento. Abbiamo il bilancio, abbiamo queste leggi che sono state respinte e ripresentate, abbiamo la legge sull'edilizia che ha bisogno di avere almeno queste modifiche che sono state finalmente concordate, abbiamo anche il bilancio tecnico questo autunno, perché non possiamo finire la legislatura senza un bilancio di previsione per l'anno successivo, e, come sapete, il bilancio è di consistenza notevole, è 1/6 in più del bilancio attuale, il che significa una discussione molto lunga e approfondita e probabilmente anche all'interno della stessa maggioranza una discussione di grandi dimensioni. Poi si sa che alla fine dell'anno quando ci sono questi cambiamenti negli importi, 1000 miliardi si legge qui, vuol dire uno spostamento notevole di obiettivi.

Presidente, Le chiedo di fare una valutazione e di chiedere al gruppo consiliare della maggioranza che intenzioni ha e come intende procedere per finire la legislatura in modo decoroso. Mi sembra da criticare e biasimare fino in fondo la leggerezza con cui si decide di fare saltare questa mezza giornata di lavoro, senza trascurare di dire che mi sembra estremamente scorretto che il Presidente del Consiglio, come ha detto stamattina, abbia avuto l'informazione che non c'è seduta dalla radio. Non ci si è neanche degnati di dare un'informazione ufficiale. Qui è come se fosse un teatro delle marionette perché solo su richiesta del Presidente del Consiglio provinciale il capogruppo della SVP si è degnato di dire che oggi pomeriggio non si fa Consiglio. Come consiglieria di un altro gruppo vorrei anche far notare che anche noi consiglieri, e il

Presidente dovrebbe garantire questo nostro diritto, abbiamo diritto di pianificare il nostro lavoro e non trovarci magari fra una settimana o due a fare sedute straordinarie o sedute notturne perché oggi si è voluto perdere tempo.

PRÄSIDENTIN: Ich bestätige, daß der Landtag auch für heute Nachmittag einberufen ist. Allerdings hat Fraktionsvorsitzender Hubert Frasnelli den formellen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt. Der Präsident hat eben erklärt, er wolle darüber abstimmen lassen. Ich möchte dies jetzt tun. Damit entscheidet das Plenum, ob die Sitzung am Nachmittag stattfindet oder nicht.

Wir stimmen über den Antrag des Abgeordneten Frasnelli ab.

HOLZMANN (AN): Chiedo la votazione segreta!

PRÄSIDENTIN: Der Abgeordnete Holzmann und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 27 abgegebene Stimmen, 11 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen. Der Antrag auf Absage der nachmittägigen Landtagssitzung ist somit abgelehnt.

Punkt 50 der Tagesordnung: *“Landesgesetzentwurf Nr. 138/97/bis: Änderungen von Landesgesetzen und damit zusammenhängende Haushaltsänderungen für das Finanzjahr 1998”*. (Fortsetzung)

Punto 50) dell'ordine del giorno: *“Disegno di legge provinciale n. 138/97/bis: Modifiche di leggi provinciali e connesse variazioni al bilancio per l'esercizio finanziario 1998”*. (continuazione)

Wir sind bei der Diskussion zu Artikel 2 angelangt. Wer möchte dazu reden? Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort.

KURY (GAF-GVA): Frau Präsidentin! Ich frage mich nur, mit wem ich reden soll? Den Herrn Laimer würde ich ersuchen, sich seine Kommentare zu sparen!

PRÄSIDENTIN: Vielleicht könnte ein Amtsdieners Landesrat Di Puppò holen?

KURY (GAF-GVA): Dankeschön, Frau Präsidentin.

Herr Landesrat! Wir haben gestern ausgiebig über die Forderung des Kombiverkehrs in Südtirol diskutiert. Wir hatten uns eigentlich immer dafür aus-

gesprächen, daß diese Art der Transportmöglichkeit finanziell unterstützt wird. Insofern können wir uns hier mit Ihren Vorschlägen einverstanden erklären. Allerdings bleibt eine Frage offen. Hier werden die Betreibergesellschaften finanziell unterstützt, wodurch sie die Möglichkeit haben, ihre Waren tatsächlich von der Straße auf die Schiene zu verladen. Es bleibt allerdings die Frage, was mit der anderen Seite, der Eisenbahn, geschieht. Ist die Eisenbahn in ihrer momentanen Verfassung imstande, diesen Verkehr aufzunehmen? Wenn wir die eine Seite finanzieren, dann müssen wir auch parallel danach trachten, daß die zweite Seite, die ja ein integrierender Bestandteil dieses neuen Warenverkehrs ist, imstande ist, effizient zu sein und diese neue Form zu übernehmen.

Nachdem ich weiß, daß es hier auch Probleme gibt, frage ich den Landesrat, was man parallel zu dieser Finanzierung der Betreibergesellschaften auf der Ebene der Eisenbahnen tut!

BENEDIKTER (UFS): In Artikel 2 sind eine ganze Reihe von Änderungen vorgenommen worden. Im Namen des Landesausschusses hat man entschieden, das, was mit dem Straßentransport zu tun hat, wieder dem anderen Assessorat zuzuteilen, obwohl man davon ausgehen mußte, daß dieses Gesetz vom Landesausschuß vorher gut überlegt worden war und man sich darüber einig war, die diesbezüglichen Zuständigkeiten zusammenzunehmen. Ich verstehe den Vorgang als solchen nicht. Man krempelt das Gesetz sozusagen im letzten Augenblick um. Ich habe diese Vorgangsweise nicht verstanden. Dies ist früher nicht vorgekommen. Der Landtag wird auf diese Art und Weise zum Narren gemacht. Das ist in der Zeit, als ich Mitglied des Landesausschusses war - es handelt sich um 40 Jahre -, nicht vorgekommen. Zuerst sind ja eine ganze Reihe von Tagesordnungen behandelt und abgelehnt worden. Darunter befand sich auch Tagesordnung Nr. 2, eingebracht vom Abgeordneten Ianiery, welche beinhaltete, von der Gründung dieser Kapitalgesellschaft für das Marketing des Landes Südtirol abzusehen. Dazu kommen wir jedoch noch bei Artikel 3.

Nun kommen hier 16 Artikel hinein, die im ursprünglichen Gesetzesantrag des Landesausschusses nicht enthalten waren und erst im Landtag vorgeschlagen worden sind, und zwar Artikel 2/bis, 2/ter, 2/quater, usw. Eine ganze Reihe von Artikeln wird eingefügt. Ich frage mich, ob es einen Sinn hat, so weiter zu machen! Ich meine dies jetzt nicht nur parlamentarisch hinsichtlich der Behandlung im Landtag, sondern auch hinsichtlich dessen, was herauskommen soll. Es soll ja ein Gesetz herauskommen, das die Bevölkerung lesen und verstehen kann. Da ist soviel die Rede von Bürgernähe. Man sollte alles Erdenkliche tun, um das Gesetz für jemanden, der nachschlagen will und wissen möchte, was tatsächlich gilt, so verständlich wie möglich zu machen. Wenn ich mich heute über das Transportwesen erkundigen will, dann darf ich nicht unter dem Wort "Transport" nachschlagen. So werden mir keine einschlägigen Gesetze angegeben. Die Bestimmungen über das Transportwesen sind da und dort verstreut untergebracht - egal, ob es ein Haushaltsrahmengesetz oder ein anderes Gesetz ist - und irgendwo hineingeflickt, so daß sich buchstäblich niemand

mehr auskennt. Es sollte doch auch der gewöhnliche Bürger in der Lage sein, nachzuschlagen, um das Gesetz zu finden. Wir sind in dieser Hinsicht schlimmer bestellt als der italienische Staat. Man liest in den Zeitungen immer wieder, wieviel Zehntausende Gesetze es gibt, die noch in Kraft sind und auf die Zeit der sogenannten Einigung Italiens zurückreichen. Diese sind nie abgeschafft, zusammengefaßt oder entsprechend den späteren Gesetzen auf den letzten Stand gebracht worden. Niemand kennt sich mehr aus. Obwohl wir nicht auf das Jahr 1860, sondern nur auf der Jahre 1948 zurückreichen, ist es bei uns komplizierter als beim italienischen Staat.

Daher möchte ich, stellungnehmend zu Artikel 2, so wie er sich jetzt aufgrund der genehmigten Abänderungsanträge darstellt, beantragen, die Sitzung zu unterbrechen, um uns einen neuen Gesetzentwurf zu unterbreiten, und zwar anhand aller Abänderungsanträge, die eingebracht worden sind und die noch anstehen. Uns liegen mindestens 30 Abänderungsanträge vor. Man soll den Gesetzestext neu verfassen, damit man sich auskennt. Selbstverständlich liegen ein Dutzend neue Artikel vor, welche alle Abänderungen zu verschiedenen Gesetzen enthalten, die mit dem Titel dieses Gesetzes - "Änderungen von Landesgesetzen und damit zusammenhängende Haushaltsänderungen für das Finanzjahr 1998" - an sich nichts zu tun haben. Selbstverständlich sind es Änderungen von Landesgesetzen über alle möglichen Gegenstände. Aber derjenige, der nachschlagen will, kennt sich sicherlich nicht aus.

Wir haben ja darum gekämpft, soviel als möglich Gesetzgebungsbe-fugnisse zu erhalten, die anstelle der Staatsgesetze in Kraft treten. Es sollte nicht mehr notwendig sein, die Staatsgesetze nachzuschlagen. Wir haben an-läglich der Auseinandersetzung über diese Änderungen mit dem zuständigen Landesrat gehört, daß es geändert worden ist, da im Staatsgesetz drinnen steht, daß eine gewisse Verfügung nicht vom Ministerrat, sondern vom Minister erlassen werden kann. Daher wird jetzt abgeschafft, daß der Landesausschuß eine gewisse Kommission ernennt. Ich habe dagegen eingewandt, daß dies zu sagen ist und man die Zuständigkeit des Landesausschusses nicht abschaffen kann. Bei uns gilt immerhin noch das Autonomiestatut, welches im Artikel 54 besagt, daß der Landesausschuß für Verwaltungsakte zuständig ist. Wenn also nichts gesagt wird, ist der Landesausschuß zuständig.

Das Gesetzgebungsamt hat gesagt - dies stellte der Landesrat fest -, daß es so in Ordnung geht. So kann es nicht weitergehen, obwohl das Auto-nomiestatut als solches nicht mehr zur Kenntnis genommen wird und letzten Endes nicht der Landtag die Verantwortung über den Inhalt eines Gesetzes ü-bernimmt, das heißt, ob ein Gesetz zielführend und für den Bürger lesbar sowie verständlich ist. Man bringt einfach vor, daß das Gesetzgebungsamt gesagt hat, es sei so in Ordnung. Dabei komme ich nicht mehr mit! Man geht davon aus, daß das, was im Staatsgesetz steht, gilt, und nur soweit es vom Lan-desgesetz abgeändert ist. Dies stimmt einfach nicht. Das Autonomiestatut be-sagt, daß das Staatsgesetz insgesamt gilt, solange es nicht durch ein Landes-gesetz ersetzt wird. Wenn das Land aber das Sachgebiet übernimmt, dann gilt das Landesgesetz. Wenn das Landesgesetz nichts bestimmt, gilt das Autono-

miestatut. Es stimmt nicht, daß das Staatsgesetz weiter gilt. Es heißt, daß der Minister die Kommission ernennt. Der Kurs kann an den Minister eingereicht werden. Anstelle des Ministers tritt der Landesrat. Dies spricht gegen den entsprechenden Artikel bzw. gegen das Autonomiestatut. Es ist schon des öfteren vorgekommen, daß der Landesrat gar nicht Stellung zur Sache bzw. zur Rechtsfrage nimmt. Er sagt lediglich: "Das Gesetzgebungsamt hat gesagt, daß es so in Ordnung geht!" Etwas derartiges kann nur bei uns vorkommen. So etwas wäre weder in anderen Regionen Italiens, noch in Nordtirol, noch in einem Bundesland der Bundesrepublik Österreich, noch in einem sogenannten Land der Bundesrepublik Deutschland möglich.

Die Zusatzartikel sind nicht von Haus aus eingebracht und überlegt worden, sondern jetzt auf einmal dazugekommen. Sie sind nicht koordiniert mit dem Rahmen dieses Gesetzes. Daher sollten sie nicht so behandelt werden. Ich schlage vor, einen neuen Gesetzentwurf einzubringen, damit sich nicht nur ein Landtagsabgeordneter - wobei ja nicht jeder ein Jurist sein muß -, sondern in erster Linie auch der Bürger zurechtfindet. Ich meine dies in erster Linie in dem Sinn, daß er es als erster in die Hand bekommt. Man kann dem Bürger als solchen nicht zumuten, dieses Studium zu übernehmen bzw. sich an einen Rechtsanwalt zu wenden, um zu erfahren, welche Artikel bzw. welcher Teil eines Artikels noch gilt. Danke!

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Benedikter! Zu Ihrem Antrag, den Entwurf wieder in die Kommission zu schicken, möchte ich Ihnen mitteilen, daß er laut Geschäftsordnung nicht erlaubt ist. Diesbezüglich verweise ich auf Artikel 91 Absatz 3 der Geschäftsordnung, welcher besagt: "*Vor Schluß der Generaldebatte kann von mindestens fünf Abgeordneten mit dem Einvernehmen des Einbringers die Rückverweisung des Gesetzentwurfes an die Kommission verlangt werden.*" Wir haben die Generaldebatte leider schon abgeschlossen. Deswegen ist Ihr Antrag weder technisch möglich, noch erlaubt. Auch der Landesrat kann den Antrag nicht mehr zurückziehen, da der Gesetzentwurf bereits dem Plenum gehört.

Landesrat Di Puppo, Sie haben das Wort.

DI PUPPO (Assessore alla ragioneria, traffico e trasporti - PPI): Desidero innanzitutto rispondere alla collega Kury per le richieste di chiarimento che ha presentato, ringraziandola per l'appoggio che intenderà dare per l'approvazione di questo articolo.

Posso confermare che le Ferrovie dello Stato saranno perfettamente in grado di assorbire da subito il carico che saremo in grado di produrre. Sarà però un carico modestissimo, perché l'impreparazione semmai riguarda proprio il nostro sistema imprenditoriale nell'ambito dei trasporti. Abbiamo una situazione di aziende di autotrasporto estremamente polverizzata. Le aziende sono circa 980, con una disponibilità di 1,6 mezzi per azienda, quindi una polverizzazione talmente incredibile per cui si rende necessario un grosso lavoro di intervento presso le aziende proprio per favorire le concentrazioni, la crescita di

una massa critica che consenta di intrattenere attività di corrispondenza anche con l'estero, perché intermodalità si regge proprio su questa capacità di collegarsi con le aziende parallele sull'altro terminale. A questa funzione dovrà in gran parte sopperire il gestore della piattaforma, proprio per garantire tutti quei servizi che le singole aziende non sarebbero nella condizione di poter produrre, se non quelle affermate, di grossa dimensione, ma il problema riguarda una miriade di aziende polverizzate. Da parte delle FS le condizioni ci sono per poter ospitare immediatamente un traffico che generasse anche un treno al giorno completo. Significherebbe una cosa abbastanza modesta, dai 20 ai 30 autotreni al giorno. Ma l'obiettivo è quello innanzitutto di preparare una formazione per quanto riguarda le imprese a questo nuovo criterio di trasporto delle merci.

Per quanto riguarda la formulazione della legge attraverso una legge finanziaria credo che la discussione, così come è stata impostata dal collega Benedikter, possa portarsi avanti in eterno, perché su queste leggi cosiddette omnibus se n'è discusso molto, proprio perché non sono leggi che fanno chiarezza nei codici, ma il più delle volte finiscono per creare confusione, essendoci la necessità di inseguire le leggi nei vari settori. Però risolvono problemi in termini d'urgenza, di tempestività di intervento come era questa, in quanto le decisioni della Comunità Europea sono recentissime, e la legge che è in preparazione da parte del Governo sull'argomento è parallela quasi alla nostra. L'occasione era quella di non far perdere nemmeno un momento agli operatori del settore per poter crescere subito in questa nuova cultura. Il mezzo più rapido si è ritenuto essere questa legge di tipo finanziario, con tutti i difetti che anch'io riconosco.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über Artikel 2 ab.

IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale): Chiedo la votazione segreta!

PRÄSIDENTIN: Der Abgeordnete Ianieri und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 27 abgegebene Stimmen, 15 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen. Artikel 2 ist genehmigt.

Ich verlese nun den vom Abgeordneten Ianieri in Form eines Abänderungsantrages eingebrachten Zusatzartikel: "Folgender Artikel 2/bis wird eingefügt: Artikel 2/bis

Änderung des Landesgesetzes vom 20. Dezember 1993, Nr. 27 - 'Änderung von Landesgesetzen über den geförderten Wohnbau'

Artikel 23 des Landesgesetzes vom 20. Dezember 1993, Nr. 27 wird abgeschafft.”

“Viene inserito il seguente articolo 2/bis: Articolo 2/bis
Modifiche alla legge provinciale 20 dicembre 1993, n. 27 - 'Modifiche di legge provinciali in materia di edilizia abitativa agevolata'

L'articolo 23 della legge 20 dicembre 1993, n. 27 è abrogato.”

Abgeordneter Ianieri, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale): La mia richiesta di inserimento dell'articolo 2 bis è motivata dal fatto che in questi giorni a 63 famiglie di ex dipendenti delle Forze dell'ordine è arrivata da parte dell'IPEAA una lettera dove li invita a presentare giustificazioni per l'occupazione di alloggio in quanto per una modifica apportata nel 1993 alla legge 15 del 1972 questi alloggi vengono considerati di servizio.

L'emendamento che tenta di abrogare l'articolo 23 della legge provinciale intende riparare ad un grave torto fatto a queste famiglie appartenenti alle Forze di polizia che sono stati collocati in pensione. Alcune di queste famiglie sono in pensione dal 1984 e alcuni contratti di affitto risalgono al 1983. Le Forze dell'ordine assegnatari di alloggi Ipeaa per i quali avevano stipulato normali contratti di affitto, dopo aver vissuto e fatto il proprio dovere a tutela dei cittadini di questa provincia, operando anche con sacrifici personali, si vedono ora, come ringraziamento del servizio prestato, giungere la revoca dell'alloggio ai sensi dell'articolo 23. Detta disposizione, che è stata introdotta nel 1993 anni dopo la concessione delle abitazioni a gran parte delle Forze dell'ordine sopra indicate, modificando il comma 2 dell'articolo 43 della legge provinciale 20.8.1972 n. 15, e successive modifiche, recita che il personale di polizia menzionato ha il diritto di occupare l'alloggio assegnato per la durata del rapporto di servizio. Cessato il rapporto di servizio il Presidente dell'istituto procede alla revoca dell'assegnazione.

A parte ogni considerazione sull'illegittimità degli avvisi di procedimento di revoca inviati, in considerazione che le convenzioni a suo tempo stipulate non erano sottoposte ad alcuna limitazione temporale e devono considerarsi quindi stipulate a tutti gli effetti a tempo indeterminato, e che la disposizione introdotta con l'articolo 23 della legge provinciale 20.12.1993 n. 27 non è suscettibile di applicazione retroattiva, la disposizione è ingiusta e pertanto va abrogata, perché riguarda tutti contratti antecedenti al 1993, di personale che era andato già in pensione prima del 1993. Ci troviamo infatti davanti non solo ad appartenenti a Forze di polizia di Stato, polizia penitenziaria, finanziari, carabinieri che hanno adempiuto al loro dovere, ma anche alle loro famiglie, che negli alloggi assegnati hanno visto crescere i propri figli.

La disposizione più volte richiamata infatti non riguarda alloggi assegnati a personale che ha prestato servizio in Alto Adige per pochi mesi o comunque per un breve periodo di tempo, come si potrebbe presumere se si trattasse

effettivamente di alloggi di servizio, ma riguarda personale che già residente in questa provincia, o chiamato in servizio da altre regioni d'Italia, ha passato in Alto Adige la propria residenza e vi ha vissuto la propria vita. L'articolo 23 quindi va abrogato in considerazione anche del rischio reale di avere un ulteriore impoverimento del personale dei corpi di sicurezza dello Stato, che di fronte al pericolo di dover lasciare la casa assegnata chiederebbe il trasferimento in altre province.

E' da aggiungere che il personale non appartiene solamente al gruppo linguistico italiano, ma appartiene anche al gruppo linguistico tedesco e ladino. Questi ultimi, essendo già nati in questa provincia, si troverebbero, in conseguenza all'applicazione di tale disposizione, in grave difficoltà senza accennare al fatto che le forze dell'ordine saranno sempre necessarie e che una tale disposizione scoraggerà anche quelli nati in Alto Adige a prestare tali tipi di servizio.

Voglio ricordare che della questione sono interessate 63 famiglie che hanno un regolare contratto di affitto stipulato antecedentemente al 1993 e che tutti avevano ottenuto l'abitazione in base ad un particolare elenco fatto che metteva a disposizione delle Forze Armate esattamente 150 alloggi. Era un regolamento di esecuzione all'articolo 43 della legge del 1972, e venne fatta una deroga per questo personale per quanto riguardava il limite del reddito. Ma mai si era parlato, prima di questa modifica alla legge, di un contratto di locazione temporaneo. E' un contratto di locazione a tempo indeterminato, lo stesso contratto che ha qualsiasi inquilino dell'Ipeaa, anche quelli che praticamente ricevono un alloggio da parte dell'Ipeaa. E' un contratto a tempo indeterminato, l'unica eccezione che c'era stata era che potevano superare il limite di reddito. Tutte queste famiglie oggi hanno il punteggio per avere un alloggio Ipeaa, quindi eventualmente bisognerebbe farli uscire dall'alloggio che occupano per dargliene uno nuovo. Mi sembra una cosa completamente assurda.

Il contratto di locazione che queste famiglie hanno è normalissimo, come quelli che vengono stipulati ancora alla data odierna e in nessuno di questi contratti si evince che era un alloggio considerato di servizio. Anche la legge del 1993 non ha apportato nei contratti successivi ulteriori modifiche. Io mi chiedo, dal 1993 alla fine della precedente legislatura, quando era stata approvata la legge, si arriva 5 anni dopo a proporre questi sfratti? Non so per quale motivo all'improvviso ci si è svegliati e si è detto che bisogna intervenire. Abbiamo già una forte carenza di alloggi in provincia di Bolzano, abbiamo delle famiglie sfrattate che non possono essere sistemate perché l'Ipeaa non ha nemmeno previsto fino ad oggi degli alloggi parcheggio per le famiglie sfrattate che hanno diritto di avere un alloggio perché hanno il punteggio. Noi andiamo ad aggravare ulteriormente la situazione attuando questo sfratto. Se si fosse introdotta una norma che dicesse che dopo il 1993 vengono individuati alcuni alloggi con il riferimento chiaro di essere considerati alloggi di servizio, che dovevano essere messi a disposizione per quel personale delle Forze dell'ordine che per un periodo limitato venivano a prestare servizio in Alto Adige, questo

Adige, questo poteva essere anche accettato. Sono stati fatti dei normalissimi contratti di locazione, non si parla di alloggi di servizio, quindi non so cosa sia successo perché all'improvviso ci si è svegliati e ci si è ricordati di dover applicare questa norma.

La prima cosa da fare dovrebbe essere quella di individuare degli alloggi per darne una destinazione come alloggi di servizio per la necessità che hanno le Forze dell'ordine, nel caso in cui vi fossero dei trasferimenti da parte di personale che viene chiamato a prestare servizio in Alto Adige, ma finché questo non avviene non è possibile sfrattare delle famiglie che dal 1983 occupano questi alloggi, dove hanno vissuto, dove hanno fatto degli investimenti. Pensiamo ai mobili, al rivestimento interno, ai figli che sono nati e cresciuti, sono una famiglia altoatesina a tutti gli effetti, e che alla data odierna tutte queste famiglie hanno il punteggio per avere un alloggio dell'Ipeaa.

In questi casi si dovrebbe procedere a sfrattarli e dargliene loro un altro. Ma dove li andiamo a prendere se non sono reperibili? In questi giorni abbiamo anche casi eclatanti di Laives e Merano dove ci sono molte famiglie sfrattate che ancora alloggiano in albergo e sono in graduatoria dell'Ipeaa, perché non ci sono terreni disponibili per costruire. Abbiamo avuto un ultimo caso di una famiglia di Merano che è stata ospitata per più di tre mesi presso un albergatore e pochi giorni fa le è stato assegnato un alloggio temporaneo a Selva Val Gardena in attesa che a Merano si trovi un terreno dove poter costruire. Pensate che questa persona deve partire da Selva Gardena per lavorare a Merano! La situazione è già abbastanza grave per non doverla aggravare ulteriormente con questo intervento da parte dell'Ipeaa. L'abrogazione di questo articolo 23 andrebbe a sanare il tutto. E poi eventualmente, se vogliamo individuare degli alloggi di servizio, bisogna vedere di trovare un'altra soluzione.

L'articolo 23 che chiedo di abrogare, che poi è stato introdotto nel secondo comma dell'articolo 43 della legge n. 15 del 1972, recita: *"Il personale di polizia menzionato ha il diritto di occupare l'alloggio assegnato per la durata del rapporto di servizio. Cessato il rapporto di servizio il Presidente dell'Istituto procede alla revoca dell'assegnazione"*. È stato approvato nel 1993, ma questo personale era già in pensione. Quindi si fa una legge e si può stabilire per il personale che viene dopo, non per quello che c'era già prima, considerando che poi c'era tutto un particolare protocollo che doveva essere rispettato.

Io ho presentato altri emendamenti, se non dovesse essere accolto questo emendamento, dove cerco di trovare una soluzione. Capisco che questo è un problema politico, in Giunta provinciale se ne è probabilmente già parlando, forse state trattando. Però vorrei saperne qualcosa di più, quindi richiamo la sensibilità dei nostri assessori che sicuramente conoscono il problema, anche perché mi sono fatto parte diligente a darne comunicazione al vicepresidente Di Puppò, all'assessore Cigolla che in questo momento purtroppo non vedo in aula, e mi dispiace perché è lui l'assessore competente. Il problema è grave, riguarda 63 famiglie, per una media di 4 persone a famiglia. Andiamo a vedere quante persone all'improvviso andiamo a mettere in

mezzo ad una strada, senza la possibilità di dar loro un ricovero, dovendo trovare comunque soluzioni alternative, alloggi in albergo, locali dove mettere il mobilio, e alla fine dare loro un'altra abitazione perché tutti hanno il punteggio per poter avere in locazione un alloggio dell'Ipeaa.

MINNITI (AN): Spero non me ne voglia il collega Ianieri se sottolineo che l'aspetto che lui ha evidenziato in realtà sia duplice, e come egli stesso abbia fatto un po' di confusione nell'illustrarlo. Infatti l'emendamento che propone, che sarà certamente appoggiato da Alleanza Nazionale, prevede che gli alloggi di servizio non debbano essere restituiti al termine del servizio stesso. E fa riferimento alle problematiche di quelle 63 famiglie che in questi giorni hanno ricevuto lo sfratto in quanto non più in servizio. L'errore sta nel confondere questi sfratti come se si trattasse di sfratti che riguardano alloggi di servizio. In realtà questi sfratti sono impropri, perché quegli alloggi non sono considerati a nessun effetto alloggi di servizio.

In nessuno di quei 63 contratti è prevista l'assegnazione di questo alloggio come alloggio di servizio. Nessuno di questi alloggi di fatto viene concesso in affitto, ma semmai assegnato. La differenza è minima ma sostanziale. L'assegnazione prevede che un domani non venga praticamente richiesta la restituzione dell'alloggio, la concessione invece prevede che venga consegnato quell'appartamento per il limite di tempo per cui si svolge un determinato lavoro. Ecco che allora gli alloggi delle 63 famiglie di agenti di polizia che hanno ricevuto gli sfratti non sono alloggi di servizio. A dimostrazione di questo le famiglie pagano un canone cosiddetto provinciale, che è tutt'altro che agevolato. Ci sono famiglie che pagano anche più di un milione di canone di affitto per questi alloggi; non si può quindi dire che sono alloggi avuti in agevolazione.

Vi è poi una lettera del Presidente Durnwalder che assicura alcune di queste famiglie circa il fatto che loro, nel momento in cui accettano di pagare - come hanno fatto - il canone provinciale non possono essere "sfrattate". Se vi è questo impegno preciso, di cui abbiamo mandato copia all'assessore Cigolla e abbiamo fatto un'interrogazione, è chiaro che l'impegno politico della Giunta provinciale deve essere quello di tutelare gli interessi di queste 63 famiglie di agenti di polizia che dal momento in cui hanno occupato quell'alloggio con canoni provinciali sicuramente alti, non hanno potuto prevedere altra soluzione nel momento in cui il loro rapporto di servizio fosse venuto meno. Non hanno potuto quindi programmare alcun altro tipo di acquisizione magari di un alloggio per il dopo pensione, perché logicamente quando si paga quasi un milione di affitto per un alloggio che doveva essere agevolato, ma che in virtù del fatto che queste famiglie hanno un reddito superiore non può più essere agevolato, ecco che allora con questi affitti non possono più programmare investimenti futuri che ponessero le basi per la loro esistenza al termine del periodo di servizio.

Diversa è invece la questione per coloro che hanno l'alloggio di servizio da oggi in poi. Pagano un canone agevolato sapendo che comunque quell'alloggio rimane di servizio e deve essere lasciato nel momento in cui il servizio non c'è più. Però a questo punto, ho parlato anche con alcuni di questi

agenti, come sicuramente molti di noi avranno fatto, nel momento in cui si sa che quello è un alloggio di servizio, si sa che dovrà essere restituito, ma si ha la possibilità di programmare degli investimenti.

Noi abbiamo sempre ritenuto che il fatto di indossare una divisa, qualunque essa sia, non deve in qualche modo pregiudicare il futuro e il diritto di chi quella divisa ha indossato. Ricordiamo che tutti coloro che anche in Alto Adige indossano una divisa, lo fanno per portare benefici a tutti i cittadini dell'Alto Adige. Ritengo che nel momento in cui una persona abbia un alloggio di servizio, sarebbe opportuno che potesse comunque mantenerlo, proprio in virtù del fatto di quel servizio che ha reso all'intera popolazione provinciale.

Per questo approveremo comunque l'emendamento del collega Ianieri. Ma ci piacerebbe sottolineare come proprio la questione degli alloggi di servizio per le forze dell'ordine e per i militari proprio Alleanza Nazionale l'aveva sollevata nel febbraio scorso in occasione della stesura della relazione di minoranza sul disegno di legge 131/98, la legge sull'edilizia che stiamo aspettando di riuscire a discutere in quest'aula, e nella quale rivendicavamo il fatto che le Forze dell'ordine e i militari potessero avere diritto ad un alloggio che non fosse solo di servizio, proprio per i motivi che testé ho elencato. E' opportuno che la Giunta provinciale, nell'intervenire per tutelare l'attuale situazione riguardante l'alloggio di servizio, riconoscendo quindi a coloro che oggi sono in servizio il diritto e la possibilità di mantenere l'alloggio anche quando non saranno più in servizio, rivendichiamo anche il diritto di quelle famiglie di agenti di polizia non più in servizio di rimanere nelle case proprio perché non sono state ottenute in base alla considerazione di alloggi di servizio. Le case da cui 63 agenti di polizia sono stati sfrattati in questi giorni, non sono considerate per contratto alloggi di servizio. Ecco perché riteniamo ingiusto quel provvedimento e anche in questa direzione, a salvaguardia dei diritti di questi agenti di polizia, la Giunta provinciale dovrebbe intervenire in maniera celere e chiara affinché il disagio che esse stanno vivendo possa concludersi per dare certezze.

DI PUPPO (Assessore alla ragioneria, traffico e trasporti - PPI): La materia è delicatissima, come è stato segnalato nei due interventi. Riguarda l'alloggio per 63 famiglie che sono vissute per molti anni nella convinzione di aver risolto il problema casa una volta per tutte. All'improvviso scoprono, con l'arrivo di questa lettera di disdetta del proprio contratto, che la loro condizione è diventata improvvisamente precaria. Il problema diventa immediatamente vitale.

Devo dare atto al collega Ianieri di essersi adoperato, in maniera molto ben documentata, per la situazione di queste famiglie. L'argomento è stato oggetto di discussione in Giunta provinciale e le perplessità che qua sono state sollevate sono state le stesse perplessità su cui la Giunta provinciale si è arenata. In realtà vi sono aspetti che vanno chiariti. Vi è un prima 1993, vi è un dopo 1993, vi è un prima 1993 che configura una condizione particolare di rapporto tra questi inquilini e l'Ipeaa, vi è un dopo 1993, momento in cui entra in azione la nuova legge con l'articolo che introduce gli alloggi di servizio, che

meglio inquadra questo rapporto tra inquilini e Ipeaa. Su questo punto, e comprendendo anche che l'aspetto umano non è indifferente, certo che è importante, anche se la definizione della materia sul piano giuridico diventa preminente, perché poi è un fatto di equità rispetto al resto della cittadinanza, la Giunta provinciale si è riservata di approfondire la materia con l'ufficio legale proprio per definirne tutti gli aspetti ricognitivi al fine di assumere decisioni chiarificatrici.

A questo punto chiedo al collega Ianieri, anche in considerazione del fatto che in luglio avremo la legge di assestamento e a settembre ci sarà un'altra finanziaria pronta, di ritirare gli emendamenti e consentire alla Giunta provinciale di completare il lavoro che sta svolgendo con l'obiettivo di dare una soluzione in termini positivi alla questione. Per termini positivi intendo nel senso di chiarire all'Ipeaa qual è l'interpretazione della condizione in cui si sono venuti a trovare questi inquilini ante 1993 e qual è la condizione, secondo la Giunta provinciale, in cui si sono venuti a trovare gli inquilini post 1993, che è poi la valutazione fatta anche dal collega Minniti. Sembra configurarsi con più chiarezza dopo il 1993 un rapporto diverso tra questi inquilini e l'Ipeaa rispetto a quanto avvenuto precedentemente. Anche questo è l'avviso più avvertito dalla Giunta provinciale. Invito a non accelerare nessuna decisione, e soprattutto evitare che si arrivi ad una determinazione su questo punto che potrebbe in questo contesto essere addirittura negativo e poi rendere più difficile il superamento del problema, ma invece a lasciare che la Giunta provinciale raggiunga una propria determinazione. Poi ci saranno altre occasioni, eventualmente, per andare ad un confronto diretto.

IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale): Prendo atto che la Giunta provinciale si sta interessando del problema, che è grosso e ha bisogno di un momento di riflessione, di ricerca di dati e verifiche, ma che comunque c'è da parte della Giunta provinciale la volontà di affrontare il problema per trovare una soluzione. Condivido anche il fatto che si tenga presente che c'è un ante 93 e un post 93. Quindi ritiro questo emendamento e i successivi 2/ter e 2/quarter, riservandomi eventualmente di ripresentarli in altre occasioni. Aspetto che dalla Giunta provinciale mi venga data comunque risposta.

PRÄSIDENTIN: Der in Behandlung stehende Abänderungsantrag sowie die beiden folgenden, ebenfalls vom Abgeordneten Ianieri unterzeichneten Anträge sind somit zurückgezogen.

Ich verlese nun den von den Abgeordneten Willeit und Ianieri in Form eines Abänderungsantrages eingebrachten Zusatzartikel: "Nach dem Artikel 2 wird folgender Artikel 2/quinquies eingefügt: Artikel 2/quinquies (Änderung des L.G. vom 12.8.1976, Nr. 32, betreffend "Bestimmungen über Steinbrüche bzw. Gruben und Torfstiche")

Nach dem 2. Absatz des Art. 9 des L.G. vom 12.8.1976, Nr. 32, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

3. Die Abtretung des Abbaues von seiten einer öffentlichen Körperschaft kann zu Gunsten des Konzessionsinhabers bzw. seines Rechtsnachfolgers, bei Feststellung der technischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten im reinen Verhandlungsverfahren ohne öffentliche Bekanntmachung erfolgen.“

“Dopo l’articolo 2 viene inserito il seguente articolo 2/quinquies: Articolo 2/quinquies

(Modifica della l.p. 12 agosto 1976, n. 32, concernente “Disciplina delle cave e delle torbiere”)

Dopo il comma 2 dell’articolo 9 della l.p. 12 agosto 1976, n. 32, viene inserito il seguente comma 3:

3. La cessione della coltivazione da parte di un ente pubblico a favore di un concessionario ovvero del suo successore può avvenire, una volta accertata l’esistenza dei requisiti tecnici ed economici, nell’ambito di una semplice procedura negoziata senza pubblicazione.”

Abgeordneter Willeit, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

WILLEIT (Ladins): Vielleicht können sich die Frauen oder die Herren Abgeordneten noch an dieses Argument erinnern. Es wurde bereits anlässlich der Behandlung des öffentlichen Bautengesetzes kurz diskutiert, dann allerdings zurückgezogen, um es bei der Behandlung des Finanzgesetzes wieder aufzuwerfen. Man wollte nämlich keine Extraargumente im Bautengesetz haben.

Ich wiederhole kurz den Sach- und Rechtsverhalt. Von einem konkreten Fall ausgehend mußte ich feststellen, daß es eine große Rechtsunsicherheit in bezug auf die Art und Weise gab, wie eine Gemeinde, also eine öffentliche Körperschaft, ihr beschränktes Vermögen, bestehend in einer Sandgrube, in einem Steinbruch oder in einem Torfstich, an Dritte zum Abbau vergeben kann. Die Landesämter wußten nicht Bescheid. Die Verwaltungsgerichtsbehörde entschied für meine Begriffe klar gegen das Landesgesetz. So wollte ich auch in bezug auf diesen Fall eine Klärung herbeiführen. Der Fall ist inzwischen erledigt. Das bestehende Gesetz bleibt jedoch aufrecht. Auch die Rechtsunsicherheit in bezug auf andere Fälle besteht weiterhin.

Der Sachverhalt ist folgender. Es gibt ein eigenes Landesgesetz, welches die Sandgruben, Steinbrüche usw. regelt. Warum? Dies geschieht deshalb, weil es sich um Vermögensgüter handelt, die im öffentlichen Interesse abgebaut bzw. ausgeschöpft werden können. Das Land sieht daher mit eigenem Gesetz eine eigene Schöpfungsgenehmigung, eine eigene Verwaltungsgenehmigung bzw. -ermächtigung vor. Diese Ermächtigung bekommt normalerweise der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte, d.h. der private Berechtigte. Der private Rechtsinhaber bekommt also auch die öffentliche Ermächtigung. Wenn diese Güter einer öffentlichen Körperschaft gehören, ist es der Normalfall, daß die Körperschaft die öffentliche Genehmigung und den Abbau nicht selber betreibt, sondern diesen an eine dritte Firma vergibt. Hier ent-

steht das Dilemma, wie bzw. auf welche Art und Weise diese Vergabe vorgenommen wird. Für mich ist es klar, daß die Vergabe nur im Verhandlungswege erfolgen kann, weil sie nur zu Gunsten des Inhabers der Verwaltungskonzession sein darf. Die Gerichtsbehörde hingegen sagte, daß eine Ausschreibung gemacht werden muß. Wie geht es vor sich, ein öffentliches Gut öffentlich auszuschreiben? Wie verhält sich dies? Kann das mit dem Konzessionär oder dem Träger der öffentlichen Konzession übereinstimmen? Geht die öffentliche Konzession oder der Pacht- bzw. Konzessionsvertrag von seiten der Gemeinde voraus? Ich glaube, daß die öffentliche Konzession bzw. die Abbaugenehmigung von seiten des Landes ausschlaggebend ist. Wenn diese vorhanden ist, dann haben wir bereits den Pächter, und zwar denjenigen, der das Recht hat abzubauen und auszuschöpfen. Folglich kommt für mich keine öffentliche Ausschreibung, sondern nur die private Verhandlung in Frage.

Dies ist auch der Sinn und Zweck des Abänderungsantrages, der diesen Fall festhält. Wenn eine Konzession vorhanden ist, braucht die Gemeinde, das Land selber oder ein öffentliches Konsortium keine öffentliche oder "halböffentliche" Ausschreibung vorzunehmen, sondern verhandelt mit dem Träger der Konzession.

DI PUPPO (Assessore alla ragioneria, traffico e trasporti - PPI):

Collega Willeit, questo emendamento riapre una questione del rapporto fra concedenti e concessionari. E' un rapporto che ha visto lunghe discussioni nell'ambito del commercio, nell'ambito anche di altre realtà dove le concessioni finiscono per costituire un traffico commerciale ingiustificato. Quando l'ente pubblico ha rilasciato una concessione e chi esercita questa concessione decide di non esercitarla più, non è possibile che questo si ricerchi un successore e determini quindi delle condizioni di passaggio della concessione senza che questa invece ritorni in mano all'ente concedente e che la riattribuisca secondo i metodi unici che sono dati all'ente pubblico, cioè quelli della trasparenza, cioè il bando di concorso.

Su questa materia credo si stia lavorando in questi anni proprio per tentare di fare chiarezza rispetto ad un passato che ha visto delle situazioni anormali bloccate, per cui addirittura su concessioni pubbliche si è lucrato, cioè su un passaggio di mano di una concessione, che è un atto amministrativo, privati hanno ricavato delle rendite. Questo non possiamo più ammetterlo. Nel momento in cui questo fatto è venuto alla luce rispetto a questi comportamenti, si sta creando una nuova etica fra il pubblico e il privato. Oggi se la concessione non viene sfruttata, la coltivazione della torbiera non viene portata avanti, è bene che l'ente concedente ritiri la concessione e su base di asta pubblica la riattivi, e non che assuma l'atteggiamento soccombente di chi prende atto che vi sia stata una transazione di concessione fra privati, naturalmente con tutti i requisiti possibili e immaginabili, per cui l'ente pubblico finisce solo per registrare che il titolare della concessione non è più A ma è diventato B, senza che vi sia stato nessun rapporto diretto dell'ente pubblico stesso.

Questo non lo possiamo ammettere. Ecco perché chiedo che questo emendamento venga respinto.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung.

ZENDRON (GAF-GVA): Chiedo la votazione a scrutinio segreto!

PRÄSIDENTIN: Die Abgeordnete Zendron und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: mit 29 abgegebenen Stimmen, 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 ungültigen Stimme ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Ich verlese den nächsten Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Ianieri und Willeit: "Artikel 2/sexies. Änderungen zum Landesgesetz vom 20. August 1972, Nr. 15 - "Wohnbaureform"

Nach Artikel 43 Absatz 4 des L.G. vom 20 August 1972, Nr. 15, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

Unter Dienstwohnungen sind die Wohnungen zu verstehen, die sich in Kasernen oder in Wohnheimen befinden, oder jedenfalls jene Wohnungen, die bestimmte Eigenschaften aufweisen und von Anfang an, unmittelbar nach deren Ankauf oder Bau, für die provisorische Unterbringung des in Absatz 2 genannten Personals bestimmt waren."

"Articolo 2/sexies. Modifiche alla legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15 - "Legge di riforma dell'edilizia abitativa"

Dopo il comma 4 dell'articolo 43 della L.P. 20 agosto 1972, n. 15 viene aggiunto il seguente comma 5:

Per alloggi di servizio si intendono gli alloggi siti nelle caserme o nelle case-albergo o, comunque, quegli alloggi aventi determinate caratteristiche e destinati fin dall'origine, a seguito di acquisto o costruzione, alla sistemazione provvisoria del personale di cui al comma 2."

Abgeordneter Ianieri, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale): Con questo emendamento volevo fare chiarezza sul termine "alloggi di servizio". Le abitazioni di proprietà dell'Ipeaa che sono già state assegnate alle forze dell'ordine in quanto - parlando di alloggi di servizio dobbiamo necessariamente parlare di forze dell'ordine, perché non saprei in quali altri casi da parte dell'Ipeaa si possono identificare alloggi di servizio - non differiscono dalle altre abitazioni né per le loro caratteristiche intrinseche, né per la condizione che per anni ha caratterizzato il rapporto fra locatario e locatore. Se vogliamo individuare un alloggio di servizio occorre fare un po' di chiarezza, dirimere ogni dubbio in merito, non in-

durre in errore i concessionari, ed è necessario chiarire cosa intendiamo per alloggio di servizio. Un alloggio di servizio, a mio parere, dovrebbe essere unicamente un alloggio destinato fin dall'inizio a tale scopo, cioè viene messo a disposizione per quel personale che per un periodo di tempo determinato viene a prestare servizio in provincia di Bolzano, e che poi viene sostituito con altre persone che possono occupare quell'alloggio. Sono alloggi di servizio, oltre a quelli che ci sono nelle caserme o costruiti dalle autorità militari su suolo limitrofo alle caserme, o nelle case albergo e vengono intavolati come tali.

Dopo che si sarà pervenuti a questo chiarimento, non ci saranno più dubbi in merito al tipo di contratti che devono essere stipulati fra gli alloggi normali e quelli di servizio ai fini della configurazione, e poi a quel punto una persona, quando va ad occupare un alloggio intavolato di servizio, sa che nel momento in cui lascia il servizio deve lasciare l'alloggio. Questi alloggi c'erano in altri rami dello Stato, nel genio civile ad esempio, la stessa Motorizzazione civile in altre parti d'Italia ha degli alloggi destinati al proprio personale che una volta che vengono trasferiti vengono messi a disposizione di altri funzionari. Lo scopo è quindi quello di dare una definizione esatta agli alloggi fin dall'origine, chi li occupa sa da subito che in quell'alloggio vi può stare finché presta servizio e sa che nel momento in cui viene trasferito o lascia il servizio dovrà lasciare quell'alloggio; così non possono più venire fuori dei casi come quello di cui abbiamo parlato prima.

Chiedo al vicepresidente della giunta di farmi conoscere il suo pensiero, se condivide questa impostazione, perché almeno facciamo chiarezza.

BOLZONELLO (UNITALIA): Non condivido il metodo, prima di tutto, di veicolare in leggi come la finanziaria proposte che sono necessarie ed importanti, che però contribuirebbero a fare confusione che invece dovrebbe essere, almeno per quanto attiene la materia dell'edilizia, più preciso e coerente, tenuto conto che salvo altri litigi in casa SVP questa legge sull'edilizia andremo a discuterla. Comunque ha ragione il collega Ianieri quando dice che c'è un vuoto legislativo con il quale chi ottiene in concessione un alloggio dato a titolo magari di servizio e non risulta chiaro questo contratto in essere fra l'ente che assegna l'alloggio, per un periodo ben definito, si trova in situazione di doverlo liberare. Se quell'alloggio è stato assegnato non in maniera chiara come alloggio di servizio, risultano in condizioni di difficoltà il locatario e la sua famiglia.

A parte il fatto che devono essere individuati con chiarezza gli alloggi facenti parte del patrimonio da assegnare quali alloggi di servizio, è altrettanto vero, per quanto attiene lo sfratto da questi alloggi, che in questo caso dovrebbe essere assegnato lo stesso punteggio di uno sfratto normale, mentre oggi lo sfratto da un alloggio di servizio non assegna i punti previsti per gli altri sfratti. Questi punti costituirebbero titolo rilevante per essere inseriti nella graduatoria per ottenere un altro alloggio.

Non è poi vero che interessa solo le Forze di polizia. Io mi chiedo adesso, visto che c'è il passaggio delle competenze e del patrimonio anche dell'Anas, che fine faranno coloro i quali occupano alloggi di servizio, non solo

case cantoniere, ma anche alloggi di custodi del centro di manutenzione, degli uffici ecc. e anche in questo caso quale potrebbe essere la soluzione, perché prima o poi queste famiglie cesseranno il rapporto di lavoro e si troveranno messi in strada senza poter, alla luce della normativa esistente, avere un alloggio dell'Ipeaa.

Voterò naturalmente la proposta del collega Ianieri perché credo sia ora di fare chiarezza nell'individuare quali sono gli alloggi di servizio, quali sono le strutture nelle quali si debbono ricavare questi alloggi di servizio, e anche per dare chiaramente un limite certo e sicuro a coloro i quali questi alloggi ottengono in concessione.

ZENDRON (GAF-GVA): Il collega Ianieri pone una questione importante, prova ne è che su questi temi si discute ad esempio all'interno del CER e sono sempre motivo di discussione. Mi dispiace molto che non ci sia l'assessore competente, perché su queste questioni se ne è discusso tanto anche in commissione in sede di dibattito sul disegno di legge di riforma dell'edilizia abitativa agevolata, e non abbiamo risolto questo problema.

Io non ho una soluzione per questa questione, però di fatto noi abbiamo questo concetto di case di servizio che una volta era molto esteso. Adesso riguarda le forze di polizia, ma una volta erano le Poste, le Ferrovie ecc. ed è il modo per cui le case sono state date ad alcuni e ad altri no, non c'era una distribuzione secondo il bisogno ma secondo la categoria. Poi si è deciso che tutto venisse affidato all'Ipeaa e adesso abbiamo questo problema che ci troviamo resti di una volta, di persone che hanno preso la casa di servizio ma che poi ci hanno vissuto tutta la vita, si può dire che hanno vissuto tutta la vita in affitto e quindi si possono comperare la casa. In un discorso teorico potrebbe anche essere vero, in realtà sappiamo che non è così, perché i prezzi oggi nella città di Bolzano sono irraggiungibili per una persona normale. E' difficile capire dove sta la linea di confine tra il fatto che, intanto è una situazione storica, uno ha vissuto lì tutta la vita, poi si ritrova nell'età della pensione, quando diventa economicamente più debole, ad essere messo in mezzo alla strada. L'altro aspetto si basa sul fatto che se si ritiene che gli alloggi di servizio siano utili e necessari, bisogna farli funzionare come alloggi di servizio: cioè sono alloggi che servono alle persone per servizio. Ovviamente questa necessità contrasta con le esigenze che abbiamo detto prima. Non so quale sia la soluzione ideale. Diciamo che forse questa definizione che viene suggerita dal collega Ianieri è quella che si avvicina di più alla realtà, dice che è una sistemazione in qualche modo provvisoria, perché riguarda coloro che per poco tempo, o perché sono all'inizio di una permanenza o perché se ne andranno, vanno considerate delle soluzioni temporanee. Non credo che questo risolva comunque il problema che dovrebbe essere affrontato con un po' meno pregiudizi anche storici, ma questo riguarda un po' tutta la materia dell'Ipeaa che ha trovato anche nel disegno di legge di riforma una soluzione molto insoddisfacente, perché si sono lasciate tutte le vecchie normative che riguardano

punti molto specifici. Certe volte sono state fatte per dei gruppi di persone in momenti particolari della storia e anche con questa ultima novella non si è avuto il coraggio di affondare queste norme per lasciare che anche il buon senso e la buona amministrazione riescano a risolvere dei problemi concreti che non sempre possono essere fissati per leggi. Così noi abbiamo delle situazioni in cui l'eccessiva categoricità della legge nel definire chi ha diritto e chi non ha diritto, di fatto fa sì che i diritti cattivi siano ridotti o che la giustizia che deve essere sempre un elemento che ci guida è minore, anche se la perfezione non è di questo mondo. Però attraverso le leggi si cerca di giungere a degli obiettivi che dovrebbero essere quelli di dare un'abitazione a chi ne ha bisogno e chi non ha la possibilità di procurarsela in un ambito privato, fatto quest'ultimo che riguarda la minima parte delle persone nella nostra realtà, proprio perché determinate situazioni storiche, e forse anche in parte gli interventi della Provincia, fanno sì che ci sia un mercato che non corrisponde a quella che è la realtà con prezzi elevatissimi, difficili da comprendere se vengono confrontati con quelli delle realtà geografiche delle altre regioni.

Voteremo a favore di questo emendamento pensando che possa essere un primo passo in direzione di un chiarimento che però rimane un problema piuttosto scottante che dovrebbe essere trattato a livello politico, chiarendo quali sono le intenzioni e gli obiettivi del Governo su questa materia.

BENEDIKTER (UFS): Nur ganz kurz zum Thema "Dienstwohnungen"! Ich habe seinerzeit die Durchführungsbestimmungen so erreicht, wie sie nun lauten, und die diesbezüglichen Gesetze gemacht. Von 1959 bis 1988 war ich zuständiger Landesrat für Volkswohnbau und habe Rom gegenüber um die Zuständigkeit für den Volkswohnbau gekämpft. In den Durchführungsbestimmungen steht, daß der Staat - was die Wohnungen betrifft, die bisher in seinem Eigentum waren - nur Wohnungen behalten darf, wenn Staatsangestellte vor Ort ihren Dienst leisten. Diese Wohnungen bleiben beim Staat. Alle anderen gehen auf das Land über. Dies ist in den Durchführungsbestimmungen enthalten. Der Staat hat aber rund 1.500 Wohnungen behalten, wobei aber im Sinne dieser Bestimmung tatsächlich nur ein Drittel Dienstwohnungen waren. Ich beziehe mich auf jene Wohnungen, die von Angestellten, die in Südtirol für den Staat Dienst geleistet haben, besetzt waren.

Insofern hat der Staat die Durchführungsbestimmungen nicht eingehalten. Ansonsten hätte er tausend Wohnungen mehr auf das Volkswohnbauinstitut überführen müssen. Wir haben damals dagegen protestiert, daß der Staat diese Bestimmung nicht eingehalten hat. Dienstwohnungen waren folgendermaßen definiert: Dienstwohnungen sind all jene Wohnungen, worin ein Staatsangestellter, der Dienst leistet, wohnt. Die Wohnung als solche ist nicht als Dienstwohnung angesehen, weil sie sich beispielsweise in einer Kaserne, in Wohnheimen oder wo immer befindet. Die Wohnung hat keine Eigenschaften bzw. Merkmale einer Dienstwohnung. Eine Dienstwohnung beherbergt Menschen, die dem Staate Dienst leisten. Meiner Ansicht nach sollte man es dabei belassen. Dienstwohnungen sind diejenigen Wohnungen, die Menschen - bei-

spielsweise einem Familienoberhaupt -, welche tatsächlich für den Staat Dienst leisten, zugewiesen sind. So lautet die Begriffsbestimmung, wie sie in den Durchführungsbestimmungen enthalten ist. Insofern muß die Sache noch überlegt werden. Wir können dem Staat doch nicht den Vorwand liefern, daß er Wohnungen bei sich behält, die keine Dienstwohnungen sind, anstatt sie dem Institut abzutreten! Ich bin der Meinung, wir sollten keine neue Begriffsbestimmung für die Dienstwohnungen schaffen. Bisher waren Dienstwohnungen all jene Wohnungen, in denen Menschen wohnten, die dem Staat Dienst leisteten.

Ich ersuche, die Sache noch einmal zu überlegen, bevor man zu einer neuen Definition gelangt. Abgesehen davon enthalten auch die Durchführungsbestimmungen die von mir genannte Definition. Dienstwohnungen sind - wie gesagt - Wohnungen, die von einem Menschen bewohnt werden, der dem Staat Dienst leistet, egal, ob sich die Wohnungen in einer Kaserne, in einem Wohnheim oder wo immer befinden. Die Dienstwohnungen haben keine Eigenschaften als solche. Jede Wohnung ist als Dienstwohnung geeignet, unter der Voraussetzung, daß sie für die Familie als solche ausreicht. Daher bin ich der Ansicht, daß man sich die Sache gut überlegen soll!

DI PUPPO (Assessore alla ragioneria, traffico e trasporti - PPI):

Riprendo proprio le ultime parole del collega Benedikter, mentre lo saluto e gli auguro buon pranzo. Credo che su questa materia si debba tornare a riflettere. Come abbiamo detto già precedentemente, l'argomento richiede una reilluminazione, perché così definito come fu definito nel 1993 in poche righe il concetto di alloggio di servizio, senza un riferimento preciso alla natura di rapporto di lavoro che definiva le caratteristiche di alloggio di servizio, finisce davvero per creare poi delle interpretazioni, tutte rispettabili, delle quali tuttavia rimane la necessità di verificarne la legittimità.

Questo è uno degli aspetti per cui l'Ipeaa nella propria autonomia ha ritenuto doveroso reagire immediatamente alle scadenze che si stavano presentando. Diversamente avrebbe commesso omissione di atti d'ufficio, in una interpretazione coerente come hanno ritenuto di aver fatto, se determinati documenti di sfratto non fossero stati immediatamente avviati.

Anche in questo caso chiedo al collega Ianieri di soprassedere alla votazione dell'emendamento, proprio per consentire alla Giunta provinciale di concludere l'esame che sta facendo. Vi saranno poi momenti idonei per poter intervenire, se non soddisfatti delle conclusioni alle quali la Giunta provinciale sarà pervenuta.

IANIERI (I Liberali - Unione di Centro Liberale):

Sono d'accordo con l'invito che mi ha rivolto il vicepresidente della Giunta provinciale di dare un po' di tempo perché il problema possa essere affrontato nell'intera materia, in modo tale che si possa trovare una soluzione definitiva. Assessore, La prego di far sì che si possa dare una definizione chiara e precisa in modo tale che in futuro non vi sia più una non chiarezza nella destinazione di questi alloggi e che casi

del genere non vengano più a verificarsi. Io ben volentieri ritiro questo mio emendamento, perché sono convinto che il problema verrà affrontato. A me interessa aver posto in questo momento all'attenzione dei responsabili della Giunta provinciale questo problema che è importante, che coinvolge tutti.

Ritiro l'emendamento e La prego di tenermi informato delle decisioni che la Giunta provinciale andrà a prendere. Mi riservo in futuro di ripresentare gli emendamenti e di riprendere la discussione. Grazie per la disponibilità dimostrata.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. UMBERTO MONTEFIORI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: L'emendamento è quindi ritirato.

Art. 3

Alto Adige Marketing

1. La Giunta provinciale è autorizzata a costituire una società di capitale che abbia la competenza per il marketing turistico della provincia di Bolzano e che - sfruttando in modo particolare le sinergie - abbia come obiettivo la collaborazione con gli altri settori economici a livello promozionale. La partecipazione della Provincia autonoma di Bolzano al capitale della società è stabilita nella misura massima di 300 milioni (capitolo 12250) per una quota non inferiore al 50 per cento. Sino al 50 per cento del capitale può provenire dalla partecipazione di associazioni e federazioni, nonché di enti pubblici e privati e società. L'atto costitutivo e lo statuto della società di capitale sono soggetti all'approvazione della Giunta provinciale.
2. La Giunta provinciale è autorizzata ad assegnare alla società un finanziamento annuale e a mettere gratuitamente o ad un canone di locazione ridotto a disposizione della stessa, in considerazione della sua funzione pubblica, immobili, arredamenti ed attrezzature. Ulteriori disposizioni relative alla messa a disposizione saranno stabilite con un'apposita convenzione.
3. L'azienda provinciale per la promozione turistica di cui al capo I della legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, verrà soppressa con decreto dell'assessore competente in materia di turismo, che dovrà essere pubblicato sul Bollettino Ufficiale della Regione. Da tale giorno la società subentra in tutti i rapporti giuridici in atto dell'azienda provinciale. Con effetto della soppressione dell'azienda provinciale per la promozione turistica è abrogato il capo I della legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33.
4. Il personale di ruolo che, all'entrata in vigore della presente legge, presta servizio presso l'azienda provinciale per la promozione turistica può optare per un rapporto di lavoro di diritto privato con la costituenda società di capitale. La società è tenuta ad assumere tale personale e a garantire al medesimo, all'atto dell'assunzione e nel rispetto della qualifica funzionale, un trattamento economico almeno equivalente a quello maturato presso

l'amministrazione provinciale ai fini del calcolo del trattamento di pensione. Il personale di ruolo può optare, sino a sessanta giorni dalla relativa comunicazione scritta, per l'assunzione da parte della società di capitale e ha diritto nei sei mesi successivi alla riassunzione da parte dell'amministrazione provinciale. La mancata risposta, entro il termine stabilito, da parte dei dipendenti cui è stata inviata la comunicazione scritta vale quale decisione di permanenza presso l'amministrazione provinciale. Il personale assunto dalla società di capitale è autorizzato, ai sensi dell'articolo 5 della legge 8 agosto 1991, n. 274, ad optare entro novanta giorni, a pena di decadenza, per il trattamento pensionistico dei dipendenti della pubblica amministrazione INPDAP. In caso di cessazione del rapporto di lavoro con l'amministrazione provinciale, ai dipendenti che hanno optato per il rapporto di lavoro con la società di capitale verrà corrisposto il trattamento di buonuscita spettante ai sensi delle relative disposizioni.

5. Il numero 36 dell'allegato A) della legge provinciale 23 aprile 1992, n. 10, e successive modifiche, è abrogato.

6. Il numero 37 dell'allegato A) della legge provinciale 23 aprile 1992, n. 10, e successive modifiche, è sostituito dal seguente:

“37. TURISMO E COMMERCIO

- turismo
- attività alpinistiche e piste da sci
- incentivazione nel settore turistico
- osservazione del mercato e analisi dei dati turistici
- esercizi pubblici
- uffici viaggi, guide turistiche
- commercio
- marchio di qualità e marchio d'origine
- distributori di carburante
- fiere e mercati
- sportelli bancari
- assegnazione alle imprese commerciali di aree nelle zone produttive di interesse provinciale.”

7. La Giunta provinciale provvede alla diminuzione della dotazione organica complessiva del ruolo generale in misura corrispondente alle unità di personale che optano per il trasferimento alla società ai sensi del comma 4.

8. L'efficacia delle disposizioni di cui ai commi 5, 6 e 7 decorre dalla data di soppressione dell'Azienda provinciale per la promozione turistica di cui al comma 3.

Südtirol Marketing

1. Die Landesregierung ist ermächtigt, die Gründung einer Kapitalgesellschaft in die Wege zu leiten, die für das Tourismusmarketing des Landes Südtirol zuständig ist und - insbesondere zur Nutzung von Synergien - die werbliche Zusammenarbeit mit den anderen Wirtschaftssektoren zum Ziel hat. Die Beteiligung der Autonomen Provinz Bozen am Kapital der Gesellschaft beträgt bis zu 300 Millionen Lire (Kapitel 12250) und mindestens fünfzig Prozent. Bis zu 50 Prozent des Kapitals kann aus der Beteiligung von Vereinen

und Verbänden, sowie öffentlicher und privater Anstalten und Gesellschaften stammen. Der Gründungsakt und die Satzung der Kapitalgesellschaft sind von der Landesregierung zu genehmigen.

2. Die Landesregierung ist ermächtigt, die Gesellschaft mittels jährlicher Finanzierung zu bezuschussen und derselben, in Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion, eigene Liegenschaften und Ausstattungsgegenstände kostenlos oder zu einem reduzierten Mietzins zur Verfügung zu stellen. Nähere Bestimmungen der Zurverfügungstellung sind in einer eigenen Konvention festzulegen.

3. Der Landesbetrieb für Tourismuswerbung gemäß Abschnitt 1 des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, wird mit im Amtsblatt der Region zu veröffentlichendem Dekret des Landesrates für Tourismus aufgelöst. Mit diesem Tag tritt die Gesellschaft gemäß Absatz 1 die Nachfolge des aufgelösten Landesbetriebes in allen Belangen an. Ab Auflösung des Landesbetriebes für Tourismuswerbung ist der Abschnitt 1 des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, aufgehoben.

4. Das bei Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Landesbetrieb für Tourismuswerbung im Dienst befindliche Stammrollenpersonal des Landes ist berechtigt, für ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis mit der neuzugründenden Kapitalgesellschaft zu optieren. Die Gesellschaft ist verpflichtet, dieses Personal zu übernehmen und den Bediensteten bei der Übernahme - unter Berücksichtigung der Funktionsebene - eine Besoldung zu gewährleisten, welche mindestens so hoch ist wie die bei der Landesverwaltung bezogene, auf die Ruhestandsbehandlung anrechenbare Besoldung. Das Stammrollenpersonal kann sich innerhalb von sechzig Tagen nach der diesbezüglichen schriftlichen Mitteilung für die Übernahme durch die Kapitalgesellschaft entscheiden und hat während der darauffolgenden sechs Monate das Recht auf Wiederaufnahme in die Landesverwaltung. Wenn die angeschriebenen Bediensteten die Mitteilung nicht fristgemäß beantworten, so gilt dies als Entscheidung für den Verbleib bei der Landesverwaltung. Das von der Kapitalgesellschaft übernommene Personal kann sich gemäß Artikel 5 des Gesetzes vom 8. August 1991, Nr. 274, innerhalb von neunzig Tagen - bei sonstigem Verfall - für die Beibehaltung der Pensionskasse der Bediensteten der öffentlichen Verwaltung INPDAP entscheiden. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses mit der Landesverwaltung wird den Bediensteten, welche sich für das Arbeitsverhältnis mit der Kapitalgesellschaft entscheiden, die laut einschlägigen Bestimmungen zustehende Abfertigung ausgezahlt.

5. Die Nummer 36 der Anlage A) des Landesgesetzes vom 23. April 1992, Nr. 10, in geltender Fassung, ist abgeschafft.

6. Die Nummer 37 der Anlage A) des Landesgesetzes vom 23. April 1992, Nr. 10, in geltender Fassung, ist durch folgende ersetzt:

“37. TOURISMUS UND HANDEL

- Tourismus
- Alpinwesen und Skipisten
- Tourismusförderung
- Marktbeobachtung und Wertung der touristischen Daten
- Gastgewerbe

- Reisebüros, Reiseleiter
- Handel
- Qualitäts- und Ursprungsmarken
- Tankstellen
- Messen und Märkte
- Bankfilialen
- Zuweisung der Flächen für Handelsbetriebe in den Gewerbegebieten von Landesinteresse.”

7. Die Landesregierung wird das gesamte Plansoll des allgemeinen Stellenplanes im Ausmaß der Anzahl der Personaleinheiten, welche für den Übergang zur Gesellschaft laut Absatz 4 optieren, verringern.

8. Die Bestimmungen gemäß Absätze 5, 6 und 7 gelten ab dem Datum der Abschaffung des Landesbetriebes für Tourismuswerbung laut Absatz 3.

Dato che sono già le 12.55, interrompiamo la seduta fino alle ore 15.
La seduta è sospesa.

ORE 12.55 UHR

ORE 15.07 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Siamo all'articolo 3 del disegno di legge n. 138/97/bis.

Do lettura del primo emendamento, presentato dalla consigliera Zendron: “L'articolo 3 è soppresso.”

“Artikel 3 ist gestrichen.”

La parola alla consigliera Zendron per l'illustrazione.

ZENDRON (GAF-GVA): Siamo arrivati al cuore di questo disegno di legge e spiegherò perché chiedo all'aula di votare per il mio emendamento abrogativo che è giustificato dal fatto che io considero, dopo attenta valutazione e studio della questione, questa privatizzazione una falsa privatizzazione e come un'operazione che costituisce da un lato uno spreco di denaro pubblico e dall'altra non chiarisce quali dovrebbero essere i vantaggi di questa operazione.

Non lo dico a cuor leggero, ma è il risultato di confronti, di richieste di spiegazioni con l'assessore competente e con tante persone, non esclusi alcuni degli interessati a questa operazione. Da dicembre, quando questa proposta è stata portata all'interno del dibattito sul bilancio, non sono riuscita a cambiare idea, benché per principio non sia contraria alle privatizzazioni. Anche rispettando il principio della sussidiarietà, penso che se qualcuno fa meglio una cosa, è anche bene che l'ente pubblico è che è già molto appesantito da compiti diretti, se qualcun altro può svolgere meglio il lavoro, ben venga, come linea di principio. Però qui si tratta di un'operazione che presenta molti aspetti che sono

addirittura imbarazzanti. Se vogliamo andare alla proposta che era stata portata in occasione della seduta di commissione dobbiamo dire che essa è stata peggiorata, aggravando questi aspetti su cui si debbono manifestare ampie perplessità, da esponenti della SVP che hanno ritenuto di sbilanciare ulteriormente il peso a carico della mano pubblica, e quindi della cittadinanza, perché i soldi non sono della Giunta provinciale ma dei cittadini, e di rendere quasi nulla la partecipazione dei privati che dovrebbero poi essere, essendo direttamente interessati a questa operazione, chiamati fra i primi a dare il loro contributo sia finanziario che di altro genere.

Qui noi vediamo che la Giunta provinciale chiede che si faccia una specie di privatizzazione in cui la Provincia partecipi come minimo al 50%. Non c'è massimo, quindi può anche essere 100%, cioè la Provincia compera da sé stessa la proprietà facendo un esborso finanziario, ma che altri gestiscono. Non si capisce perché la partecipazione dei privati ha un limite che è il 50%. Francamente questa cosa non riesco a capirla, perché laddove si sono fatte queste privatizzazioni, queste sono delle vendite ai privati, i quali si comperano le quote e poi gestiscono la cosa. Se l'ente pubblico, come è stato per il BIC ad esempio, intende partecipare e svolgere delle funzioni di sostegno, magari anche di controllo, per carità, però al BIC ricordo che è stato posto il limite del 34%, quindi non si capisce perché qui non si ponga alcun limite.

Credo che questo sia un po' il cuore della faccenda, ma la cosa non si ferma qui. Quello che era previsto dalla legge è stato ulteriormente sbilanciato all'interno della commissione, e il testo che abbiamo oggi è quello uscito dalla commissione. Non c'è stato neanche un ripensamento da parte della Giunta, qui sono stati aggiunti ancora ulteriori vantaggi e favori a questa strana operazione prevedendo di donare a questa specie di società l'edificio, garantire un finanziamento e addirittura un'apertura di credito illimitata, quando si dice che la Giunta terrà conto di ulteriori necessità. E' chiaro che quando si prende atto che i dipendenti attuali che non sono come una fabbrica dove una gran parte di capitale è costituita dalle macchine, questo è un tipo di attività in cui il capitale sono le persone. E' chiaro che loro hanno delle preoccupazioni, però non, come qualcuno qui dice, di tipo egoistico dove, come è capitato in altre società tipo le Poste, i dipendenti non hanno potuto scegliere e o si lasciavano privatizzare o venivano licenziati. Io credo invece che le preoccupazioni che vengono manifestate dalle persone che lavorano in questa società sono cose che hanno a che fare con lo stesso funzionamento della cosa.

Poiché il mio tempo scorre rapidamente, vorrei arrivare all'ultimo punto. L'assessore ci ha sempre detto che si tratta di un'esperienza già fatta in altri stati, Austria e Germania. Io mi sono informata e l'esperienza è stata sì fatta in Austria in diversi Länder, ma su questa esperienza, e particolarmente qui pongo l'accento sul fatto che l'aspetto che mette insieme il marketing turistico e il marketing dei prodotti dell'agricoltura e artigianato è fallito, si è tornati indietro. Peraltro era stata fatta effettivamente, e non falsamente in modo privatistico come questa. Perché dobbiamo ripetere un'esperienza che è fallita da altre parti? Io non ne vedo la ragione, né mi pare che le spiegazioni che sono state date

state date siano convincenti, per cui mi dispiace molto ma a me pare che per le ragioni che ho detto, perché l'esborso di denaro pubblico è assolutamente sproporzionato per giustificare la parola privatizzazione con cui su tutti i giornali viene descritta questa operazione, e per le altre ragioni, non ultima quella della possibilità di funzionare di questa operazione, non si possa accettare questa operazione, che sia da respingere fermamente. Abbiamo avuto un'esperienza con una legge nel 1991 in questo settore, che non è mai stata applicata e mai è stato fatto un tentativo per renderla attuale e farla funzionare. Quindi non si può dire che non è più attuale, è logico, ma perché non la si è resa attuale con il tempo, invece che riproporre un'operazione analoga ma ugualmente poco fondata e giustificata? Questo è l'insieme di argomentazioni su cui ci dovremo confrontare, ma che per me hanno un esito ormai chiaro, per cui chiedo ai colleghi di votare a favore del mio emendamento soppressivo di questo articolo.

BENEDIKTER (UFS): Auch ich bin für die Abschaffung des Artikels 3. Allerdings kann ich dies in 10 Minuten nicht recht ausführlich begründen. Ich bin der Ansicht, daß der vorliegende Artikel verfassungswidrig ist. Auf der einen Seite wird die Fremdenverkehrswerbung privatisiert. Bisher war sie ja Landesache. In dieser Gesellschaft behält das Land die Mehrheit, also wird sie von der öffentlichen Hand wesentlich finanziert. Dies widerspricht den Artikeln 41 und 43 der Verfassung. Eisenbahn, Telefon und Post sind zwar auch privatisiert bzw. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, doch der Staat behält die Mehrheit, bestimmt, was damit geschieht und finanziert es. Da liegt der Unterschied, der sich aus Artikel 43 der Verfassung ergibt.

Artikel 41 der Verfassung besagt folgendes: *“Die Privatinitiative in der Wirtschaft ist frei. Sie darf sich aber nicht im Gegensatz zum Nutzen der Allgemeinheit betätigen oder in einer Weise, die die Sicherheit, Freiheit und menschliche Würde beeinträchtigt. - dies ist sicher nicht der Fall - Das Gesetz bestimmt die Wirtschaftspläne und die zweckmäßige Überwachung, damit die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit nach dem Allgemeinwohl ausgerichtet und abgestimmt werden können.”* Das Gesetz kann - da gibt es ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes - also bestimmen, aber es muß gesetzlich einwandfrei geregelt werden. Dies kann nicht etwa durch ein Ministerialdekret oder durch eine Durchführungsverordnung oder was immer erfolgen.

Artikel 43 der Verfassung lautet folgendermaßen: *“Aus Gründen des Allgemeinwohls kann das Gesetz dem Staat, den öffentlichen Körperschaften oder Vereinigungen von Arbeitern oder Verbrauchern bestimmte Unternehmen oder Arten von Unternehmen im vorhinein vorbehalten oder im Enteignungswege gegen Entschädigung übertragen, wenn diese wesentliche öffentliche Dienste oder Energiequellen oder Monopolstellungen betreffen und ihrem Wesen nach ein überwiegendes Allgemeininteresse haben.”*

Eisenbahn, Post und Telephon wurden zwar privatisiert, aber der Staat hat wesentlich die Mehrheit behalten und bestimmt damit alles. Hier bezieht man sich auf diese wesentlichen öffentlichen Dienste, Energiequellen oder Monopolstellungen. Die Post ist eine Monopolstellung. Der Bereich Telephon

betrifft einen wesentlichen öffentlichen Dienst, ebenso wie die Eisenbahn. Dabei kann man es noch rechtfertigen, daß einerseits privatisiert wird, um den Staat zu entlasten, andererseits aber der Staat als solcher die Mehrheit behält. Die Fremdenverkehrs- bzw. Tourismuswerbung ist kein wesentlicher öffentlicher Dienst. Sie kann vom Land bzw. vom Staat unterstützt werden, so wie es bisher der Fall war. Wenn die Tourismuswerbung privatisiert würde, kann das Land nicht durch ein Staats- oder Landesgesetz die Mehrheit behalten und auf diese Weise als Mehrheitsaktionär praktisch die Tourismuswerbung finanzieren. Dies widerspricht dem Artikel 43 der Verfassung. Man kann sie nicht mit den Diensten Post, Telephon oder Eisenbahn vergleichen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die langjährige Auseinandersetzung über die Tourismusabgabe, wobei man zum Schluß gekommen ist, daß die Aufenthaltsabgabe abgeschafft wird. Ich habe hier eine Mitteilung der Werbegemeinschaft Hochpustertal vom 6. Juni 1994 vorliegen, welche besagt: *“Dies vorausgeschickt, fordert der Vorstand des Tourismusverbandes Hochpustertal, daß die Aufenthaltsabgabe solange aufrechterhalten bleibt, bis eine neue sichere und durch Gesetz festgelegte Einnahme für die lokalen Tourismusorganisationen eingeführt ist.”* Dies war der damalige Standpunkt. Jetzt stellt sich heraus, daß nach Abschaffung der Aufenthaltsabgabe diese neue - wie es da heißt - sichere und durch Gesetz festgelegte Einnahme für die lokalen Tourismusorganisationen nicht eingeführt worden ist. Das Land kann die Tourismuswerbung selbstverständlich weiterhin unterstützen. Was dann die Tourismusinteressierten aller Art gemeinsam tun und wie sie es machen, daß sozusagen alle, die daran interessiert sind und davon profitieren, diese gemeinsame Werbung mittragen, die selbstverständlich sinnvoller ist als die Einzelwerbung, ist eine andere Frage.

Auf jeden Fall kann hier keine Landesgesellschaft gebildet werden, an der sich Tourismusverbände, Private oder gewerbliche Betreibergesellschaften mit 50 Prozent beteiligen. Es handelt sich um eine Landesgesellschaft, die einerseits vom Land getragen und finanziert wird und andererseits einen Dienst versieht, der nicht unter die wesentlichen öffentlichen Dienste fällt, nämlich die Tourismuswerbung. Wesentliche öffentliche Dienste wie Post, Telephon, Eisenbahn und eventuell auch die Energiequellen oder Monopolstellungen, die eigens im Artikel 43 genannt sind, sind etwas anderes. Diese dürfen gemäß Verfassung privatisiert werden, in dem Sinne, daß sie der Staat direkt betreibt, wie es bisher der Fall war, oder daß Aktiengesellschaften gebildet werden, wobei der Staat aber die Mehrheit behält. Das ist hier sicher nicht der Fall, so daß mit der bisherigen Unterstützung der Fremdenverkehrs- bzw. Tourismuswerbung fortgesetzt werden kann, um in der Zwischenzeit vielleicht eine andere Lösung zu finden. Eine solche wird ja auch angestrebt, bis eine neue sichere und durch Gesetz festgelegte Einnahme für die lokalen Tourismusorganisationen eingeführt ist. Der vorliegende Artikel 3 widerspricht somit Artikel 43 der Verfassung. Danke!

BOLZONELLO (UNITALIA): Ne abbiamo parlato alcuni giorni fa e le argomentazioni sono più o meno le stesse, nel senso che io avevo espresso la mia convinzione che allorquando un'amministrazione pubblica non è più in grado di gestire un servizio al meglio, debbano essere fatti dei ragionamenti sulla privatizzazione di questo servizio. Oggi in Alto Adige vi è l'azienda provinciale per la promozione turistica, vi sono una serie di uffici di organizzazioni periferiche comunali, consorziali, ecc. che già di per sé promuovono l'immagine turistica della nostra non tanto provincia, ma piuttosto delle entità territoriali di cui sono espressione. Questo vale per l'azienda provinciale turismo in ambito provinciale, ha organizzato addirittura numerose esposizioni in varie fiere europee, e quindi delle due l'una, o l'azienda provinciale è insufficiente o ha svolto male il proprio lavoro, oppure è sufficiente quanto fa ma potrebbe nell'ambito pubblico essere migliorato questo servizio offerto all'immagine turistica della nostra provincia. Allora perché privatizzare, perché creare un carrozzone pubblico in cui la Provincia di Bolzano dovrà avere almeno il 50% di capitale, ma anno per anno dovrà segnare un cospicuo finanziamento, posto che pur trattandosi di una società per azioni, gli introiti non saranno se non quelli derivanti dal versamento dei contributi annuali da parte della Provincia di Bolzano? E la Provincia stessa dovrebbe a questa società che opera per scopo di lucro, ma a vantaggio di un'esclusiva categoria, dare anche, a titolo gratuito o a canone di locazione "politico", un immobile per l'espletamento della propria attività.

Io non posso essere d'accordo, perché se si vuole creare veramente una società per azioni in grado di essere più elastica, attenta o veloce nel fare immagine, bisogna essere convinti fino in fondo, ed è giustificabile semmai una partecipazione assolutamente minoritaria dell'ente pubblico all'interno di questa società. Dall'altra devono essere i privati, i quali sono i primi beneficiari di questo intervento, ad intervenire in maniera decisa nel capitale della società stessa. Si privatizza, ma ci si deve credere. E' inutile fare come abbiamo fatto con l'informatica Alto Adige che è stato secondo me un carrozzone per dare modo di avere procedure d'appalto per software, hardware, posti d'incarico svincolati da procedure normali, perché tanto si applicano le procedure di diritto privato. Qui probabilmente sarà la stessa identica cosa, ma in questo caso sarà ancora più evidente l'interesse privato che va a permeare questo tipo di iniziativa.

Non entro nel merito del discorso del personale. Sono ancora convinto che laddove si decida di privatizzare, lo Stato lo ha fatto, non ha lasciato chissà quale facoltà di scelta. Se si privatizza e le sinergie che già oggi operano all'interno dell'azienda sono indispensabili per far funzionare la società per azioni di marketing e immagine turistica, evidentemente anche queste persone dovranno fare la loro scelta. Ma è un altro tipo di valutazione.

Anche se nel merito condivido lo spirito della privatizzazione perché responsabilizza coloro che usufruiscono di questo servizio, sono assolutamente contrario che la Provincia intervenga massicciamente nel capitale. Se deve esservi privatizzazione, deve essere fino in fondo, con un pacchetto di minoranza da parte della Provincia, anche per dare più responsabilità ai partner che

sono poi i veri fruitori di questo servizio. Altrimenti pare quasi un carrozzone creato ad hoc e in questo periodo, assessore, Lei sa meglio di me cosa verrebbe da pensare rispetto a questo tipo di iniziativa.

HOLZMANN (AN): Assessore, Lei sa bene che chi Le parla è generalmente favorevole in linea di principio ad ogni tipo di privatizzazione che sottragga all'ente pubblico la gestione di ogni tipo di servizi che sono gestiti meglio con criteri di tipo privatistico. Nonostante questa premessa di principio, Lei sa bene che in occasione del primo tentativo che Lei fece di privatizzare l'ufficio provinciale per il turismo, il nostro gruppo, insieme ad altri, espresse parere nettamente contrario, per una serie di ragioni. Innanzitutto storicamente, per quanto riguarda l'ufficio provinciale per il turismo, si è scelta questa strada e si è poi deciso di ritornare sui propri passi, e riteniamo non si sia affrontata una sufficiente riflessione sull'operazione che si cerca di portare a casa oggi. Privatizzazione significa dare in mano ai privati la gestione totale del servizio. Ovviamente i privati se ne devono anche fare carico. Viceversa se si fa una privatizzazione dove interviene l'ente pubblico e in definitiva paga tutte le spese, non si può parlare di vera privatizzazione, ma di falsa.

Per la verità siamo abituati in questo Stato a impostazioni di questo genere. Anche a livello statale si sono privatizzati enti interi, ma in sostanza il capitale sociale è rimasto totalmente nelle mani pubbliche, pensiamo alle Poste e alle Ferrovie. Ecco che dal nostro punto di vista una privatizzazione con queste caratteristiche non risponde al primo requisito che noi riconosciamo ad una privatizzazione di questo genere, viceversa crea una commistione poco felice fra pubblico e privato, dando al privato la possibilità di aver le mani libere sia per quanto riguarda l'assunzione e la elezione del personale, sia per quanto riguarda la gestione delle campagne pubblicitarie, senza più requisiti di garanzia e di trasparenza che invece gli enti pubblici sono tenuti a rispettare.

Ecco che da parte nostra non può essere visto positivamente questo reiterato tentativo da parte della Giunta provinciale di privatizzare in maniera un po' anomala questo importante ufficio della nostra provincia, ed è per questa ragione che noi diamo parere contrario.

FRICK (Landesrat für Handwerk, Handel, Fremdenverkehr - SVP): Herr Präsident, werte Kollegen! In den letzten Tagen hatten wir anlässlich der Generaldebatte zu diesem Gesetz sowie anlässlich der Behandlung eines eigenen Beschlußantrages die Gelegenheit, sehr ausführlich über die grundsätzliche Fragestellung dieses Artikels zu beraten. Ich möchte uns deshalb gegenseitig davon verschonen, alles zu wiederholen. Ich möchte eigentlich nur auf jene Argumente eingehen, die in den letzten Minuten aufgeworfen wurden.

Verehrte Kollegin Zendron! Das Thema vom Erfolg oder nicht Erfolg der Anderen im Ausland ist in der Tat so zu rechtfertigen, daß all diejenigen, die eine Privatisierung durchgeführt haben, diese auch weiterhin pflegen. Das bedeutet, daß man auf den Spruch, den Sie verwendet haben, nämlich, weshalb eine Sache nachmachen, wenn sie irgendwo anders keinen Erfolg gebracht

habe, antworten müßte: Weshalb machen wir etwas, was andere erfolgreich durchgeführt haben, nicht genauso? Es geht darum - dies ist einer der wenigen Punkte meiner Wiederholung -, festzustellen, daß eine privatrechtlich organisierte Struktur diese wichtige Funktion für die heutige Zeit effizienter, schneller und mobiler wahrnehmen kann. Diese Effizienz sollen wir anstreben. Ich will deutlich hervorheben, daß wir uns nicht im Sinne einer "falschverstandenen" Privatisierung als öffentliche Hand aus der Verantwortung stehlen. Ganz im Gegenteil! Ich bin der Meinung, daß die Unterstützung des Images unseres Landes Südtirol nach wie vor wesentlich auch Arbeit des Landes ist. Das Land tut gut daran, in Zukunft mehr öffentliche Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Es handelt sich nicht um eine "apertura di credito illimitata", wie es wörtlich geheißen hat. Ganz im Gegenteil! Die Finanzierungsbeiträge müssen gemäß der Norm, die zur Beschlußfassung vorgelegt wurde, von Jahr zu Jahr durch Haushaltsgesetz in einem eigenen Kapitel festgelegt werden. Wir können also nicht von "illimitato" reden! Im übrigen stellen wir momentan auch die Finanzierungsbeiträge für die jetzige Struktur zur Verfügung.

Es hat einen kleinen Hinweis auf das frühere Gesetz gegeben. Allerdings wurde dabei nicht berücksichtigt, daß das frühere Gesetz einer völlig anderen Zielsetzung gedient hat. Es hätte hier die Möglichkeit gegeben, neben der Südtirol Tourismuswerbung eine privatrechtlich organisierte Struktur für die Vormerkung und den Einsatz der EDV auf die Beine zu stellen. Wir waren jedoch in der Diskussion mit den Kategorien und mit den Interessenvertretern gemeinsam der Auffassung, daß diese Zweiteilung nicht zweckmäßig und es auf jedem Fall notwendig wäre, auch den großen Block der heutigen Funktionen der Südtirol Tourismuswerbung von einer privatrechtlich organisierten Struktur durchführen zu lassen.

Im Zusammenhang mit der Frage, die Kollege Benedikter gestellt hat, nämlich, was die Verfassungsmäßigkeit angeht, muß ich auf ein großes Mißverständnis hinweisen. Man kann nicht sagen, das Land könne eine Einrichtung dieser Art auch weiterhin unterstützen. Ich muß richtigstellen, daß die Südtirol Tourismuswerbung heute ein Teil der öffentlichen Verwaltung ist. Allein der Umstand, daß sie ein Teil der öffentlichen Verwaltung ist, bedeutet ja, daß damit auch ein hochgradiges öffentliches Interesse verbunden ist. Ebenso nicht unmittelbar in einem richtigen Zusammenhang erscheint mir die Frage der Tourismusabgabe. Wie Du Dich sicher erinnern kannst, ist die Tourismusabgabe bzw. die Tourismussteuer, die in Diskussion war, nicht als Finanzierungsquelle der Landeswerbe- oder Marketingorganisation, sondern ausschließlich für die Finanzierung der Tourismusmarketingebene auf Ortsebene, der heutigen sogenannten Tourismusvereine vorgesehen gewesen. Im übrigen hat es einen klaren Willensakt von Tausenden und Abertausenden von Unternehmern gegeben, die gesagt haben: "Ich will mich dort einschreiben. Ich möchte, daß dieser Verein eine entsprechende Arbeit erbringt. Ich bin bereit, diesem Verein auch entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen."

Abschließend möchte ich noch die Sorge des Kollegen Bolzonello aufgreifen. Er bekräftigt: "Wenn schon eine Privatisierung vorgenommen wird, dann soll dies doch eine klare Privatisierung sein. Wenn die Leute privatrechtlich arbeiten sollen, dann sollen sie dies ausschließlich tun." Ich bin nicht dieser Meinung. Wenn Mitarbeiter ihren Lebensweg gewählt haben und sich für einen Arbeitgeber entschieden haben, im konkreten Fall für den Arbeitgeber Autonome Provinz Bozen, dann glaube ich, daß man diesem Mitarbeiter nicht von einem Tag auf den anderen sagen kann, daß es diese Möglichkeit für ihn nicht mehr gibt. Im Gegenteil! Man muß seine Rechtsposition in einer sehr abgerundeten - Ihr habt gesehen -, auch besonderen Art mit der Möglichkeit der Option und der Rückoption garantieren. Wir wünschen uns - und wir hoffen, daß dies auch eintreten kann -, daß möglichst viele der qualifizierten Mitarbeiter, die heute in der Südtirol Tourismuswerbung arbeiten, die neue Gesellschaft als Arbeitgeber durchaus als eine Herausforderung empfinden. Ich glaube, daß es eine völlig individuelle Entscheidung zwischen den Schwerpunkten sein wird, die jeder einzelne Mitarbeiter für sein Leben, für seine Karriere und für seine Perspektive sieht. Dementsprechend wird er sich dann auch entscheiden.

Erstens. Das Land möchte und muß weiter mitverantwortlich für die Bewerbung des Landes Südtirol sein, mit dem Schwerpunkt Tourismus, aber auch unter Berücksichtigung der Synergien mit den anderen Sektoren. Zweitens. Die Rechtsform soll nicht eine öffentliche sein, sondern eine private, weil dies die Effizienz steigert. Drittens. Nachdem auch in Zukunft notwendigerweise öffentliches Geld investiert werden muß, wird die Form einer gemischten Gesellschaft gewählt, wobei auch die öffentliche Hand bei den Entscheidungen gemäß den entsprechenden Finanzierungsanteilen eine Mitsprache und eine Mitgestaltungsmöglichkeit mit den Privaten und insbesondere mit den großen Verbänden der Wirtschaft dieses Tourismussektors haben wird.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione.

ZENDRON (GAF-GVA): Chiedo la votazione segreta!

PRESIDENTE: La consigliera Zendron e altri quattro consiglieri hanno richiesto la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 30, sì 12 e no 18. L'emendamento è respinto.

Il secondo emendamento a firma della consigliera Zendron dice: "Il comma 1 è soppresso."

"Absatz 1 wird abgeschafft."

La parola alla collega Zendron per l'illustrazione.

ZENDRON (GAF-GVA): Chiediamo l'abolizione di questo primo comma che contiene l'obiettivo della Giunta provinciale che abbiamo già spiegato di non condividere. Devo constatare che tutti gli interventi che ci sono stati hanno dimostrato che non si tratta di una presa di posizione contraria per principio ad ogni privatizzazione, ma che si tratta di una posizione contraria a questo modo strano ed anomalo di fare una privatizzazione.

In questo comma 1 si chiede che la Provincia di Bolzano partecipi a questa società con 300 milioni per una quota non inferiore al 50%, quindi può essere anche il 100% che praticamente riduce a zero le partecipazioni che dovrebbero essere necessarie per una privatizzazione degna di questo nome.

Anche nella sua replica l'assessore non ha spiegato perché invece la partecipazione delle associazioni delle federazioni di enti pubblici e privati e società debba essere limitata al 50%. Vorrei far notare che comunque, se sono associazioni che poi vengono anche finanziate dalla mano pubblica, tutto diventa un'operazione ridicola, perché c'è la partecipazione diretta che non ha limite, e poi enti pubblici ecc. Quindi è praticamente tutto denaro pubblico. L'atto costitutivo e lo statuto sono soggetti all'approvazione della Giunta provinciale. Ci mancherebbe altro! Qualcuno ha anche tentato di espungere questa norma da questo comma, e sarebbe stato veramente il colmo che una proposta del genere fosse passata!

Ripropongo, e chiedo la votazione segreta, all'attenzione dell'aula la possibilità di bocciare l'obiettivo di falsa privatizzazione che ci viene qui proposto votando sì all'emendamento abrogativo del comma 1.

BENEDIKTER (UFS): Landesrat Frick hat zwar auf meine Einwände Bezug genommen, aber zur Sache selbst - obwohl er ein Jurist ist - nicht Stellung genommen. Es besteht ein feiner Unterschied zwischen der Privatisierung von Post, Eisenbahn und Telephon und der Privatisierung der Tourismuswerbung. Bei der Privatisierung von Post, Eisenbahn und Telephon wurden Aktiengesellschaften gebildet, welche der Staat bzw. das Land zwar finanziert, aber dabei trotzdem die Mehrheit behält und wesentlich bestimmt. Dies hat nichts mit dem Erfolg der anderen zu tun, sondern ist eine Rechtsfrage. Ich habe mir das gut überlegt. Ich möchte noch einmal auf Artikel 43 der Verfassung verweisen, welcher besagt: *“Aus Gründen des Allgemeinwohls kann das Gesetz dem Staat, den öffentlichen Körperschaften oder Vereinigungen von Arbeitern oder Verbrauchern bestimmte Unternehmen oder Arten von Unternehmen im vorhin-ein vorbehalten oder im Enteignungswege gegen Entschädigung übertragen, wenn diese wesentliche öffentliche Dienste oder Energiequellen oder Monopolstellungen betreffen und ihrem Wesen nach ein überwiegendes Allgemeininteresse haben.”* Dies kann man von der Fremdenverkehrswerbung nicht sagen.

Italien ist sehr auf den Fremdenverkehr angewiesen. In Artikel 9 der Verfassung heißt es: *“Die Republik fördert die Entwicklung der Kultur und die wissenschaftliche und technische Forschung. Sie schützt die Landschaft und das geschichtliche und künstlerische Vermögen des Staates.”* Dies ist gerechtfertigt, da sich der Reichtum Italiens auf die Landschaft stützt. In Artikel 43 der

Verfassung wird auf wesentliche öffentliche Dienste verwiesen. Man kann bestimmt nicht sagen, daß die Fremdenverkehrs- bzw. Tourismuswerbung ein wesentlicher öffentlicher Dienst ist. Umsoweniger geht es um Energiequellen oder Monopolstellungen, so daß im Artikel 43 der Verfassung die Begründung liegt, weswegen eine solche Gesellschaft nicht geschaffen werden kann. Ich habe aber nicht behauptet, daß sie das Land nicht bis zu einem gewissen Punkt unterstützen darf! Das Land kann dies natürlich auch weiterhin tun. Sollte das Land aber die Werbung zur Gänze finanzieren - ich meine jetzt ohne die Schaffung einer solchen Gesellschaft -, dann würde dies gegen europäische Grundsätze sprechen. Ich beziehe mich auf die Verzerrung des Wettbewerbes. Der Staat würde die Werbung anstelle der unmittelbar Interessierten übernehmen. Also, soweit dürfte es nicht kommen! Das Land kann die Tourismuswerbung - wie gesagt - in einem gewissen Rahmen unterstützen.

Im übrigen müßten sich die Interessierten am Fremdenverkehr - und damit sind nicht nur das Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch andere Interessierte gemeint - zusammenschließen, um eine umfassende, gezielte und gemeinsame Werbung zu finanzieren. Dann wäre es wohl gescheiter gewesen, man hätte die Fremdenverkehrsabgabe, die sogenannte Tourismusabgabe, aufrechterhalten. Damit wurde sie ja finanziert. Ich war damals auch für die Abschaffung der Tourismusabgabe als solcher, weil ich davon ausgegangen bin, daß die Finanzierung der Werbung von den interessierten Kreisen selber organisiert wird, ohne daß sie deswegen eine Steuer zahlen. Ich war der Ansicht, daß damit der Fremdenverkehr verteuert wird, was ja auch nicht gerade im Interesse des Fremdenverkehrs selber sein kann. Südtirol darf nicht teurer sein als Nachbarländer oder als künftige Fremdenverkehrsländer, die noch auftauchen werden. Ich denke beispielsweise an den Kaukasus oder generell an Osteuropa.

Ich möchte jedenfalls geltend machen, daß diese Gesellschaft, wie sie hier vorgesehen ist, sprich das Südtirol Marketing, nicht mit Artikel 43 der Verfassung übereinstimmt. Durch die Schaffung einer solchen privaten Aktiengesellschaft könnte die öffentliche Hand, der Staat, das Land oder irgendeine Region nicht nur den Fremdenverkehr, sondern auch irgend etwas anderes in die Hand nehmen und anstelle der Interessierten finanzieren. Dies sieht Artikel 43 der Verfassung nicht vor, weil es sich weder um einen wesentlichen öffentlichen Dienst, noch um eine Energiequelle, noch um eine Monopolstellung handelt. Diese Form der Privatisierung und Beteiligung des Staates, wie wir sie bei Eisenbahn, Post und Telephon erleben, ist erst in den letzten Jahren aufgetaucht. Damit kann man die Fremdenverkehrs- bzw. die Tourismuswerbung nicht vergleichen. Das Land soll die Werbung so wie bisher unterstützen, ohne eine Verzerrung des Wettbewerbes hervorzurufen, so daß sie mit der freien Marktwirtschaft vereinbar ist. Sollte dies nicht genügen, dann müßten sich die am Fremdenverkehr Interessierten organisieren, wie sie ja selber gesagt haben. Sie haben sich alle für die Abschaffung der Tourismusabgabe eingesetzt. Es hat nicht geheißen, daß anstelle der Tourismusabgabe die allgemeine Steuerlast vorhanden ist, womit man die Fremdenverkehrswerbung finanzieren soll.

In der Stellungnahme der Werbegemeinschaft Hochpustertal heißt es: *“Dies vorausgeschickt, fordert der Vorstand des Tourismusverbandes Hochpustertal, daß die Aufenthaltsabgabe solange aufrechterhalten bleibt, bis eine neue sichere und durch Gesetz festgelegte Einnahme für die lokalen Tourismusorganisationen eingeführt ist.”* Zu den Worten *“durch Gesetz festgelegte Einnahme”* ist nur zu sagen, daß Artikel 41 der Verfassung wie folgt lautet: *“Das Gesetz bestimmt die Wirtschaftspläne und die zweckmäßige Überwachung, damit die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit - siehe die Fremdenverkehrswerbung - nach dem Allgemeinwohl ausgerichtet und abgestimmt werden können.”* Dieses Gesetz könnte man machen. Man könnte sagen, daß die Werbung mit soundsoviel Geldmitteln unterstützt wird, aufgrund eines Gesetzes, womit die öffentliche und private Tätigkeit nach dem Allgemeinwohl ausgerichtet und abgestimmt wird. Danke!

BERGER (SVP): Werter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann! Ich glaube, daß es eigentlich mehr eine Zeitverschwendung ist, wenn ich jetzt noch etwas sage. Es sind einige Dinge aufgeworfen worden, die einer Richtigstellung bedürfen. Was der Abgeordnete Benedikter gerade von sich gegeben hat, schlägt irgendwo dem Faß den Boden aus, wenn man hier mit Begriffen argumentiert, die in der Wirklichkeit ganz anders sind, als er sie dargelegt hat. Er behauptet, daß der Fremdenverkehr kein öffentliches Interesse ist. Abgeordneter Benedikter! Ich glaube, daß es der Fremdenverkehr war, der die heutige Situation mit unseren Lebensstandards geschaffen hat. Zum heutigen Zeitpunkt findet in Südtirol eine besorgniserregende Entwicklung statt. Es handelt sich um den Rückgang der Nächtigungszahlen. Wenn der öffentliche Verwalter bzw. der Politiker nicht mit einer Änderung des Konzeptes, mit Privatisierung und Flexibilisierung von Strukturen darauf reagieren, dann ist dem öffentlichen Verwalter die Schuld dafür zuzuordnen, wenn der Rückgang und die Negativentwicklung so weitergehen. Ich habe mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen, welche Auffassung Sie von Mehrheit haben! Wenn bei 50 Prozent bereits eine Mehrheit liegt, dann ist dies eine Rechnungsweise, die ich nicht in der Schule gelernt habe. Bei 50 Prozent habe ich noch keine Mehrheit, Abgeordneter Benedikter!

Frau Zendron! Man sieht, daß dann noch weitere Anträge zur Abschaffung der Absätze 2, 3 usw. folgen. Die Taktik ist erkennbar. Es handelt sich um eine reine Verzögerungstaktik. Für mich wäre Absatz 1 durch einen Text zu ersetzen, der besagt, daß die Südtirol Tourismuswerbung sämtliche Bereiche, welche Südtirol in seinen Eigenheiten nach außen darstellen, vermarkten soll. Die Tourismuswerbung sollte in diesem Bereich tätig sein, so daß nicht jeder seine eigene Schiene geht. Dieser Schritt ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht kommt man zur Erkenntnis, daß noch weitere folgen sollten.

Abgeordneter Benedikter! Sie sprechen von der Abschaffung der Tourismusabgabe. Es hat niemals eine Tourismusabgabe gegeben! Es war die Aufenthaltssteuer. Es geht nicht um die Abschaffung einer Abgabe, sondern um die einer Steuer. Daß eine Steuer abgeschafft wurde, die nur ein Sektor bezahlt hat, finde ich richtig. Wenn die Tourismusabgabe eingeführt werden sollte und

diese alle Nutznießer betreffen würde, die am Fremdenverkehr teilhaben, dann wäre das auch heute noch zu befürworten. Aber das sei dahingestellt. Vielleicht wird sich ja in der nächsten Legislaturperiode jemand damit befassen.

Ich bin jedenfalls der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, eine Struktur des privatwirtschaftlichen Rechts zu schaffen, die größere Kompetenzen hat und schneller auf die Erfordernisse des Marktes reagieren kann. Das ist im Sinne der gesamten Südtiroler Wirtschaft sowie im Sinne der damit verbundenen Arbeitsplätze in Südtirol. Wenn der Fremdenverkehr als "Motor der Wirtschaft" in Südtirol in Negativzahlen hineinschlittert, die noch schlimmer werden als die heutigen, dann leidet ganz Südtirol darunter.

FRICK (Landesrat für Handwerk, Handel, Fremdenverkehr - SVP):

Werter Kollege Benedikter! Du hast jetzt noch einmal auf das Verfassungsrecht verwiesen. Ich weiß nicht, inwieweit wir riskieren können, Leute zu langweilen. Aber ich möchte Dir trotzdem mit allem Respekt und in aller Anerkennung Deiner Tätigkeit antworten. Der von Dir zitierte Artikel ist der sogenannte Enteignungsartikel. Der Staat kann private Firmen enteignen und zu staatlichen Firmen machen, unter gewissen Voraussetzungen, die Du mehrmals zitiert und mehrmals auch im Detail erläutert hast. Alleine bei der Lektüre dieses Artikels 43 der staatlichen Verfassung wirst Du sehen, daß dies nicht unser Fall ist. Bei uns ist das Gegenteil der Fall, weil wir etwas, was öffentlich ist, auslagern wollen. Wir sind überzeugt, daß es im Bereich des Privaten besser gemacht wird. Wir sollten uns somit keine Schwierigkeiten mit dem Zitieren von Artikeln machen, die in der Tat mit unserem heute zu beschließenden Text nichts zu tun haben.

Verehrter Kollege Benedikter, Du wirfst auch einen Hinweis auf das Gemeinschaftsrecht auf! Du warnst vor der Verzerrung des Wettbewerbes, falls das Land zuviel Geld investieren sollte. Dies ist so nicht gerechtfertigt. Solche Überlegungen im Sinne der Reduzierung der sogenannten staatlichen Beihilfen kommen ausschließlich für einzelne Wirtschaftstätigkeiten zur Anwendung und nicht für Dienstleistungen, die eine Gesamtheit eines Sektors betreffen. Deswegen ist hier sowohl ein Einwand aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht, als auch aus EU-rechtlicher Sicht nicht gerechtfertigt.

Ich wollte nur aus diesen beiden rechtlichen Aspekten kurz meine Meinung sagen, damit nicht allfällig zum Schluß herauskommt, daß wir Dinge, die gefragt wurden, offen gelassen haben.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento. La consigliera Zendron e altri quattro consiglieri hanno richiesto la votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

Dr. SABINA KASSLATTER-MUR

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 30 abgegebene Stimmen, 11 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich verlese den dritten Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Ianieri und Willeit: "Der zweite Satz von Artikel 3 Absatz 1 soll durch folgenden ersetzt werden: Die Beteiligung der Autonomen Provinz Bozen am Kapital der Gesellschaft beträgt 50 % und bis zu 300 Millionen Lire (Kapitel 12250). Die restlichen 50% stammen aus der Beteiligung von Vereinigungen, Verbänden sowie von öffentlichen Körperschaften, privaten Körperschaften und Gesellschaften."

"Il secondo periodo del comma 1 dell'articolo 3 s'intende sostituito come segue: La partecipazione della Provincia autonoma di Bolzano al capitale della società è stabilita per una quota del 50% fino ad un massimo di Lire 300 milioni (capitolo 12250). La restante quota del 50% proviene dalla partecipazione di associazioni, federazioni, nonché di enti pubblici, enti privati e società."

Abgeordneter Willeit, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

WILLEIT (Ladins): Danke, Frau Präsidentin! Ich muß vorausschicken, daß meine Unterschrift weitgehend technischen Charakter hat. So sehr ich mich auch bemühe, die großen Unterschiede zwischen den Texten bei der Berechnung der Mehrheiten des Kapitals herauszufinden, ich komme kaum auf große Differenzen. Der Vorschlag des Abgeordneten Ianieri und von mir heißt nichts anderes, als daß sich das Land nicht mit mehr als der Hälfte daran beteiligen soll. Wenn wir die beiden Texte jedoch näher betrachten, kommen beide auf 50 Prozent.

In der Sache selber befürchte ich, daß dieser Abänderungsantrag keinen großen Unterschied ausmacht. Wenn wir sehen, welches die anderen Körperschaften und Vereine sind, so wissen wir, daß diese wiederum mit öffentlichem Kapital arbeiten, obwohl es private Vereinigungen sind. Die Verkehrsverbände arbeiten wiederum größtenteils mit öffentlichem Kapital. Was mir am Herzen liegt - ich möchte dies unterstreichen -, ist folgendes. Auch das private Kapital dieser Vereinigungen und Verbände sind nicht etwa Investitionsgelder, sondern kommt größtenteils einer Steuer, einer Belastung bzw. einer Abgabe gleich. Zwischen den heutigen privaten und den früheren öffentlichen Verbänden gibt es - was die Beitragspflicht anbelangt - in der Substanz kaum einen Unterschied. Pflichtig waren die einen. Pflichtig sind nun all jene, die dabei sein wollen, sowie all jene, die eine bestimmte, wenn auch beschränkte Größe haben. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß sich heute mehrere Subjekte am Verband und an den Kosten beteiligen.

Ich möchte auf unseren Abänderungsantrag zurückkommen. Selbstverständlich unterstütze ich ihn, auch weil ich meine Unterschrift darunter gesetzt habe. Der Wert dieses Antrages ist allerdings nicht unbedingt der größte.

ZENDRON (GAF-GVA): Voteremo a favore di questo emendamento, benché io abbia qualche perplessità nel fissare una quota così precisa. La cosa curiosa è che il consigliere Ianieri l'ha presentato dopo aver parlato con l'assessore Frick che diceva che si può fare a metà. Ora l'assessore è affaccendato in altre cose, però ci sono state delle aperture e ci si aspetta che la maggioranza sostenga in aula questo emendamento, visto che ha convinto il collega Ianieri a presentarlo.

Io non ho presentato questo emendamento, ma ne ho presentati altri che illustrerò poi, perché mi pare che 50 e 50 sia una quantità troppo precisa. Se poi si dovesse verificare che un privato vuole partecipare in più, questa quota così rigida potrebbe comportare delle difficoltà. Forse l'assessore che ha suggerito questa soluzione potrebbe spiegarcela, o lo potrebbe fare il vicepresidente della Giunta provinciale che è responsabile di questa legge.

Io credo che la quota di partecipazione privata dovrebbe essere tenuta più bassa. Sono d'accordo con quelli che hanno espresso questa perplessità nei confronti di una falsa privatizzazione, essendo favorevole alle privatizzazioni, mentre io sono abbastanza neutrale, normalmente dico che chi fa meglio, faccia. Comunque sosteniamo questa proposta che crediamo sia meglio che non il 100%, questa mancata definizione della quota di pertinenza del bilancio pubblico che ci preoccupa profondamente, perché pensiamo che il denaro di cittadini che generalmente non sono facili da guadagnarsi debbano essere trattati con molta ocularità, quindi anche spesi in modo da sapere esattamente qual è il vantaggio che questo comporta.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Ich möchte hier Stellung nehmen, weil es im Zusammenhang mit diesem Artikel doch sehr große Unterschiede gibt. Es gibt sie aber nicht so sehr inhaltlich, zumindest von unserer Seite. Man kann nicht einfach sagen, daß wir privatisieren. Damit haben wir Probleme. Man kann nicht privatisieren, wenn die öffentliche Hand die Mehrheit behält. Dieser Abänderungsantrag ist eine Verbesserung, da er die Beteiligung von 50:50 Prozent festschreibt. Im vorgelegten Artikel heißt es, daß die Vereine und Verbände bis zu 50 Prozent aufbringen können. Das Land hingegen muß mindestens 50 Prozent haben. Dies könnte also theoretisch auch 90 Prozent für das Land und 10 Prozent für Vereine und Verbände bedeuten. Es handelt sich aber immer noch nicht um eine wirkliche Privatisierung. Ich möchte jedoch klar zum Ausdruck bringen, daß der vorliegende Abänderungsantrag eine Verbesserung darstellt.

Mit dem, was Kollege Berger vorhin über die Wichtigkeit des Tourismus usw. gesagt hat, kann ich mich voll identifizieren. Nur sollte man die Tourismusbranche auffordern, den Mut aufzubringen, größtenteils auf eigenen Beinen zu stehen. Ich bin auch der Meinung, daß der Tourismus von öffentlichem Interesse ist. Wenn es der Tourismus in Südtirol nicht wäre, wer dann? Das ist überhaupt keine Frage! Man soll aber nicht mit Etiketten hin und her hantieren. Der Landesrat sagt eines. Seine Kollegen sagen wieder etwas anderes. Man soll nicht Äpfel und Birnen zusammenwürfeln.

Folgendes verstehe ich nicht. Im Land Südtirol gehen wir in eine Richtung, von der sich andere wegbewegen. Wir sind eher Richtung Zentralismus und nicht Richtung Privatisierung ausgerichtet. Die Beteiligungen des Landes an allen möglichen Gesellschaften ist ja bekannt. Diese gefällt uns nicht. Das Land sollte einmal die Schneid bzw. die Courage haben, sich von solchen Dingen fernzuhalten und auch den anderen mehr zuzutrauen. Wenn wir von Privatisierung und von freiem Wettbewerb usw. reden, sollte man es ganz und nicht nur mit einer Krücke machen.

BENEDIKTER (UFS): Die Argumente, die gegen meinen Standpunkt vorgebracht wurden, sind keine rechtlichen Argumente. Es stimmt nicht, daß die Provinz nur zur Hälfte beteiligt ist. Es heißt: *“Die Beteiligung der Autonomen Provinz Bozen am Kapital der Gesellschaft beträgt bis zu 300 Millionen Lire und mindestens 50 Prozent.”* Auch wenn die Beteiligung genau 50 Prozent betragen würde, kann kein Beschluß ohne die Zustimmung der Provinz zustandekommen. Bleiben wir bei den rechtlichen Argumenten! Außerdem steht folgendes: *“Die Landesregierung ist ermächtigt, die Gesellschaft mittels jährlicher Finanzierung zu bezuschussen und derselben, in Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion, eigene Liegenschaften und Ausstattungsgegenstände kostenlos oder zu einem reduzierten Mietzins zur Verfügung zu stellen.”* Erstens. Ohne die Zustimmung der Provinz kommt kein Beschluß zustande. Zweitens. Man braucht nicht mehr als die jährliche Finanzierung der Tätigkeit, abgesehen vom Kapital, welches eigens vorgesehen ist. Ich weiß nicht mehr, ob der Abgeordnete Berger oder Landesrat Frick die Worte *“Motor der Wirtschaft”* verwendet hat. Ich wüßte anscheinend nicht einmal, daß der Fremdenverkehr in Südtirol eine wesentliche Rolle spielt. Ich bin seit 1918 in Südtirol aufgewachsen und somit kenne ich mich auch ein bißchen aus! Ich habe wesentlich am Aufbau dieser Autonomie, die jetzt Rom gegenüber abgebaut wird, mitgeholfen. Die Argumente *“Motor der Wirtschaft”* und *“tragende Rolle in der Wirtschaft”*, die ein gewisser Abgeordneter Berger vorbringt, haben nichts mit meinen rechtlichen Einwänden zu tun. Damit ist nicht gerechtfertigt, daß das Land den sogenannten *“europäischen Wettbewerb”* durch die Abtretung von Steuereinnahmen mitbeeinflussen kann.

Drittens. Es geht hier nicht um die Artikel 92, 93 und 94 des Europa-Vertrages betreffend die staatlichen Beihilfen. Dies habe ich gar nicht behauptet. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß es da nicht um staatliche Beihilfen geht, sondern um Artikel 91 des Europäischen Grundvertrages, welcher besagt: *“Stellt die Kommission während der Übergangszeit und auf Antrag eines Mitgliedsstaates oder eines anderen Beteiligten Dumping-Praktiken innerhalb des Gemeinsamen Marktes fest, so richtet sie Empfehlungen an den oder die Urheber.”* Worauf ich mich insbesondere beziehe, ist Artikel 100 a), b) und c), in dem es heißt: *“Der Rat erläßt einstimmig auf Vorschlag der Kommission Richtlinien für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes auswirken. Soweit in diesem Vertrag nichts ande-*

res bestimmt ist, gilt in Abweichung von Artikel 100 für die Verwirklichung der Ziele des Artikels 8 die nachstehende Regelung. Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und nach Anhören des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit die Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten, die die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben." Ich meine dies immer im Sinne der Wettbewerbsverzerrung und beziehe mich nicht auf die staatlichen Beihilfen.

In Artikel 102 steht folgendes: "Ist zu befürchten, daß der Erlaß oder die Änderung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des Artikels 101 - darauf komme ich noch zurück - verursacht, so setzt sich der Mitgliedsstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese empfiehlt nach Beratung mit den Mitgliedsstaaten den beteiligten Staaten die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen. - dies hat nichts mit staatlichen Beihilfen zu tun - Kommt der Staat, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß Artikel 101 verlangt werden, daß die anderen Mitgliedsstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedsstaat, der die Empfehlung der Kommission außer acht läßt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet Artikel 101 Anwendung." Artikel 101 besagt folgendes: "Stellt die Kommission fest, daß vorhandene Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem Gemeinsamen Markt verfälschen und dadurch eine Verzerrung hervorrufen,..." Dies würden sie, wenn offiziell durch Gesetz festgesetzt wird, daß sich der Staat an einer Gesellschaft mit mindestens 50 Prozent beteiligt, die die Tourismuswerbung vornimmt "... die zu beseitigen ist, so tritt sie mit den betreffenden Mitgliedsstaaten in Verbindung. Führen diese Beratungen nicht zur Beseitigung dieser Verzerrung, so erläßt der Rat während der ersten Stufe einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Richtlinien. Die Kommission und der Rat können alle sonstigen in diesem Vertrag vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen treffen." Wenn es einen Binnenmarkt geben soll, ist dies ganz natürlich.

Ich verstehe wirklich nicht, warum diese Gesellschaft gebildet werden soll, nachdem man jahrelang über die Für und Wider der Abschaffung der Tourismusabgabe diskutiert hat. Auch Fremdenverkehrsinteressierte haben empfohlen, diese aufrechtzuerhalten, bis eine andere Form gefunden wird, die gewährleistet, daß die Werbung gezielt und wirksam fortgesetzt werden kann. Ich bleibe dabei, daß die Gründung einer solchen Gesellschaft in erster Linie gegen Artikel 43 der Verfassung verstößt, unabhängig vom Europavertrag. Hier geht es nicht um den "Motor der Wirtschaft", welcher in Südtirol eine tragende Rolle spielt. In Artikel 43 der Verfassung heißt es, daß bestimmte Unternehmen nicht enteignet, sondern einer öffentlichen Körperschaft übertragen werden, wenn es sich um wesentliche öffentliche Dienste oder Energiequellen oder Monopolstellungen handelt. Ansonsten müßte man sagen, daß auch die Industrie sowie

die Landwirtschaft usw. ein "Motor der Wirtschaft" in Südtirol sind. Dies sind keine rechtlichen Argumente. Ich möchte geltend machen, daß damit Artikel 43 der Verfassung sowie die Artikel 100 bis 102 unter dem Kapitel 3 "Angleichung der Rechtsvorschriften" des Europäischen Grundvertrages verletzt werden. Danke!

WILLEIT (Ladins): Noch zwei Worte, nachdem gerade jetzt ein weiterer Abänderungsantrag eingebracht worden ist, womit die vollen 300 Millionen Lire buchhalterisch abgesichert werden sollen! Was bedeutet dies? Bei 300 Millionen Lire Einsatz von seiten des Landes ist das gesamte Kapital ausgeschöpft. Es sind somit 600 Millionen Lire vorhanden. Beim vollen Kapitaleinsatz von 600 Millionen Lire sind die beiden Abänderungsanträge, also jener der Regierung und jener des Kollegen Ianieri, gleich. In beiden Fällen finanziert das Land die Hälfte. Nur wenn man unter dieses Kapital geht, ändert sich das Verhältnis zwischen dem Land und anderen Körperschaften. Allerdings gebe ich noch einmal zu bedenken, daß die anderen Körperschaften mit öffentlichem Kapital des Landes in diese neue Gesellschaft einsteigen! Also ist das Kapital der öffentlichen Hand mit 100prozentiger Sicherheit höher als 50 Prozent. Ich möchte dies klarstellen!

FRICK (Landesrat für Handwerk, Handel, Fremdenverkehr - SVP): Ich habe anlässlich unserer ersten Besprechung zu dieser Angelegenheit gegen Ende des vergangenen Jahres sowie in dieser Woche vermehrt darauf hingewiesen, daß dieser Passus, um den es hier geht, aufgrund der Erfahrung, die wir in den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Gesellschaft gemacht haben, in der Zwischenzeit klarer geworden ist. Es liegt insofern klarer dar, als daß die Zielsetzung jene ist, eine 50prozentige Beteiligung des Landes vorzusehen. Dies habe ich sowohl in informellen Gesprächen als auch hier im Landtag mitgeteilt. An dem wird sich nichts ändern. Aus diesem Grund bin ich damit einverstanden, die 50prozentige Beteiligung des Landes mit dem entsprechenden Abänderungsantrag zu definieren.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Abänderungsantrag ab.

BENEDIKTER (UFS): Geheime Abstimmung, bitte!

PRÄSIDENTIN: Der Abgeordnete Benedikter und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: mit 29 abgegebenen Stimmen, 24 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Frau Zendron! Damit sind Ihre nachfolgenden Abänderungsanträge betreffend Absatz 1 hinfällig.

Der vierte Abänderungsantrag, eingebracht von der Abgeordneten Zendron, lautet wie folgt: "Absatz 2 wird gestrichen."

"Il comma 2 è soppresso."

Kollegin Zendron, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

ZENDRON (GAF-GVA): So che non si commenta il voto, però abbiamo un po' migliorato la situazione e quindi possiamo procedere ad un'ulteriore, ragionevole miglioramento, in cui, limitata con l'emendamento Ianeri la quota di partecipazione pubblica, noi possiamo ancora andare nella direzione di una privatizzazione, eliminando questa curiosa cosa qui prevista in cui la società, pur essendo privata, riceve un finanziamento annuale e ha addirittura gratuitamente a disposizione immobile, arredamenti, attrezzature, forse anche le cravatte per i dipendenti, e addirittura è stato inserito dalla commissione legislativa: *"ulteriori disposizioni relativi alla messa a disposizione verranno stabilite con un'apposita convenzione."*

Questo mi sembra uno dei punti più criticabili di questa operazione, perché non si precisano neppure gli obblighi e i vincoli di spesa dell'ente pubblico. Capisco che uno è un po' anche il rappresentante della sua categoria - o meglio non lo capisco perché la Costituzione italiana dice che si rappresenta tutto il territorio e non una categoria - però mi pare che il primo bene che dovrebbe essere tutelato è il bene pubblico. Mi pare che una disposizione di questo genere, che lascia aperte le porte a qualsiasi spesa, salvo la buona volontà di chi di volta in volta procede a fare le convenzioni, mi sembra che non sia un buon modo di tutelare il bene pubblico. Credo che nessuno potrebbe ammettere di trattare i propri affari in questo modo, cioè di preparare un proprio bilancio dicendo che poi ci si metterà d'accordo su quanti soldi andranno spesi in questo modo. Su questo insisto e Le chiedo, Presidente, di far prendere posizione anche al vicepresidente nonché assessore al bilancio, perché questa è una questione che riguarda la spesa. Io voglio sapere quanto esattamente viene calcolato in questa formulazione generica in cui si dice che ulteriori disposizioni relative alla messa a disposizione saranno stabilite con un'apposita convenzione. Dove stanno i limiti? Come faccio a sapere io, come cittadina, quanto mi costerà questa operazione? Le leggi devono stabilire i limiti e le regole con cui si spende il denaro pubblico, quindi credo sia di stretta competenza dell'assessore al bilancio dal quale vorrei una risposta.

BENEDIKTER (UFS): Ich wollte der Kollegin Zendron folgende Frage stellen. Der Abänderungsantrag sieht vor, die Wörter "bis zu 50 Prozent des Kapitals kann" durch die Wörter "das Kapital stammt" zu ersetzen. Wenn dieser Abänderungsantrag genehmigt wird, setzt dies voraus, daß der zweite Satz ... Ach, dieser Antrag fällt weg? Ich möchte dies nur verstanden haben. Wenn dieser Antrag genehmigt wird, dann ... Entschuldigung!

Wir sind also beim Abänderungsantrag, der besagt, daß Absatz 2 gestrichen wird. Folglich bleibt Absatz 1 aufrecht. Ich habe diesen kritisiert, weil er meiner Ansicht nach sowohl Artikel 43 der Verfassung als auch den Artikeln 100 bis 102 des Europäischen Grundvertrages widerspricht. Absatz 1 ist nicht geändert worden.

Absatz 1 ist in der Kommission geändert worden und bleibt aufrecht, so wie er in der Kommission geändert wurde, und zwar aufgrund der Abstimmungen, die stattgefunden haben. Nun soll der zweite Absatz gestrichen werden. Damit würde natürlich wegfallen, daß das Land neben der Beteiligung von mindestens 50 Prozent noch jährliche Finanzierungen gewährt. Die jährliche Finanzierung kommt zu der 50prozentigen Beteiligung hinzu und erschwert den Tatbestand, der durch Artikel 41 Absatz 3 und Artikel 43 der Verfassung verboten bzw. verfassungswidrig ist. Auch wenn nur Absatz 1 aufrecht bleiben würde - also ohne Absatz 2 -, wäre dies verfassungswidrig und die Verletzung des EU-Vertrages würde trotzdem weiterbestehen. Es ist einfach nicht möglich, eine Gesellschaft zu gründen, bei der die Provinz mindestens zur Hälfte beteiligt ist. Eine solche Gesellschaft ist nur dann zulässig, wenn es sich um wesentliche öffentliche Dienste - darum handelt es sich hier sicher nicht -, Energiequellen oder Monopolstellungen handelt. Wir werden sehen, was Rom dazu sagt.

Stellt Euch vor, daß der italienische Staat für ganz Italien etwas derartiges bzw. eine solche Gesellschaft vorsehen würde! Der Tourismus ist nicht nur für Südtirol, sondern auch für Italien der "Motor der Wirtschaft" und spielt eine tragende Rolle. Dies hat der Verfassungsgerichtshof geltend gemacht. Deswegen heißt es auch in Artikel 9 der Verfassung: "*La Repubblica tutela il paesaggio.*" Die oberste Verantwortung für den Landschaftsschutz trägt in Italien - übrigens ist dies auch in Deutschland so - nach wie vor der Zentralstaat. Dort ist der Fremdenverkehr maßgebend und - wie es wörtlich geheißen hat - der "Motor der Wirtschaft". Wenn der italienische Staat nun hergehen und dasselbe für ganz Italien tun würde, nämlich, eine Gesellschaft zu gründen, an der sich der Staat mit mindestens der Hälfte beteiligt, dann würde gesamtstaatliche Fremdenverkehrswerbung betrieben. Wenn es der Provinz Bozen erlaubt ist, dies zu tun, dann ist es auch dem italienischen Staat erlaubt und ist nicht verfassungswidrig. Ebenso könnte die Provinz sagen: "Bei uns ist nicht nur der Fremdenverkehr, sondern auch das Handwerk maßgebend. Wir machen also eine ähnliche Gesellschaft oder ein ähnliches Unternehmen, um das Handwerk europaweit bekannt zu machen und zu fördern."

Ich möchte damit nur sagen, daß es wirklich keinen Sinn hat, ein derartiges Unternehmen zu schaffen. Mit unserer Autonomie sind wir sehr wohl in der Lage, die Fremdenverkehrs- bzw. Tourismuswerbung innerhalb eines vernünftigen Rahmens zu unterstützen, ohne daß damit Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Wir müssen keine solche Gesellschaft bilden! Wenn dies erlaubt wäre, dann käme es zu Zuständen, wie sie in der Sowjetunion vorherrschten, wo der Staat alles tun konnte, nicht nur, wenn es Energiequellen oder wesentliche öffentliche Dienste - siehe Post, Telefon und Eisenbahn - betraf. Stellt Euch vor, der italienische Staat würde eine gesamtstaatliche Gesellschaft gründen!

Wenn es zulässig wäre, daß dies jede Region tun könnte - da es auch bei uns erlaubt ist -, dann würde ein Wettbewerb bzw. eine Konkurrenz in der Fremdenverkehrswerbung zwischen den einzelnen Regionen entstehen, und zwar auf Kosten öffentlicher Steuergelder. Das wäre ja ein Wahnsinn! Heute könnte vielleicht die Provinz Bozen im Verhältnis zu den anderen am meisten beisteuern. Sie könnte somit eine bessere und weitreichendere Werbung machen.

Daher glaube ich, daß es schon sinnvoll wäre, wenigstens den zusätzlichen Landesbeitrag zu streichen. Damit würde die Finanzierung durch Steuergelder erhöht. Allerdings ist die Verfassungswidrigkeit des ersten Absatzes dadurch nicht getilgt.

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

BENEDIKTER (UFS): Es gibt einen Präsidenten. Ich verstehe schon, daß, wenn Ihr könntet, Ihr einfach alles zertrampeln würdet, und die Sache hat sich!

Wenn diese zusätzliche Bezuschussung also abgeschafft würde, wäre die grundsätzliche Verfassungswidrigkeit noch nicht aufgehoben. Ich verstehe - wie gesagt - überhaupt nicht, warum man jetzt in einem solchen Experiment Zuflucht sucht! Stellt Euch vor, jedes Gewerbe bzw. jede Tätigkeit, sprich Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk usw., könnte eine solche Gesellschaft ins Leben rufen! Warum sollten es andere Bereiche nicht tun können? Danke!

WILLEIT (Ladins): Ich habe bereits vorhin gesagt, daß der soeben genehmigte Abänderungsantrag des Abgeordneten Ianieri und von mir etwas voreilig eingebracht wurden ist. Prompt wurde er auch genehmigt bzw. von der Mehrheit akzeptiert, da er ja genau auf dasselbe hinausläuft. Aber, vielleicht nicht ganz! Das Gerüst könnte durch die vorherige Abänderung ins Wackeln kommen. Nur wenn wir eine Kapitalgesellschaft mit Mehrheitskapital der öffentlichen Hand vor uns haben, sind meines Erachtens weitere eingreifende Unterstützungen, Bezahlungen und Bezuschussungen von seiten des Landes gerechtfertigt. Wenn wir aber diese private Gesellschaft ohne Mehrheitskapital vor uns haben - also nur 50 Prozent -, so ist diese öffentliche Funktion, welche hier unterstrichen wird und weitere Bezuschussungen rechtfertigen soll, formell nicht mehr gegeben. Für meine Begriffe kommt das rechtliche Gerüst ins Schwanken.

Ob es richtig ist oder nicht, lasse ich dahingestellt. Ich werde mich dann zum Artikel bzw. zur Stimmabgabeerklärung zu Wort melden. Wenn das gesamte oder die Hälfte des Kapitals durch andere Unternehmen bzw. Verbände bestellt wird, dann haben wir nicht die Mehrheit des Kapitals. Neben diesem Kapital werden dann auch noch die Einrichtungs-, Gebäude- und Betriebskosten zum Großteil vom Land übernommen. Das qualifiziert den Betrieb nochmals als privaten Landesbetrieb.

KLOTZ (UFS): Das Land bzw. verschiedene andere öffentliche Anstalten und Gesellschaften können an dieser Gesellschaft mit 50 Prozent beteiligt sein. Die öffentlichen Quoten werden bis zum Schluß über 50 Prozent sein. Die Landesregierung ist dann auch noch ermächtigt, in Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion, eigene Liegenschaften und Ausstattungsgegenstände kostenlos oder zu einem reduzierten Mietzins zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht einmal einigermaßen präzisiert! Nähere Bestimmungen der Zurverfügungstellung sind in einer eigenen Konvention festzulegen. Da lassen wir der Landesregierung praktisch jeden Spielraum, welchen Wert diese Liegenschaften haben und wie teuer die Ausstattungsgegenstände sein können. Dies ist ein Blankoscheck, bei dem ich in keiner Weise bereit bin, ihn mitzuverantworten. Wir wissen, was eigene Liegenschaften heute kosten bzw. welchen Wert Liegenschaften haben. Es kann noch einmal zu Buche schlagen, wenn hier wertvolle Immobilien kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Landesregierung wird diesbezüglich in keiner Weise gebunden. Etwas derartiges unterstütze ich nicht mit. Der Landtag hat weder Einfluß auf den Wert dieser Liegenschaften noch auf die Gestaltung der Konvention. Hier ist nur eine eigene Konvention mit dieser Gesellschaft vorgesehen, und die Sache hat sich. So kann man öffentliche Gelder nicht verwalten!

FRICK (Landesrat für Handwerk, Handel, Fremdenverkehr - SVP): Ich möchte nur ein kleines Beispiel zu diesem Thema bringen. Die STW - Südtirol Tourismuswerbung - hat in den vergangenen Jahren ein komplexes EDV-System für die Bewältigung dieser Aufgabe mit Landesgeldern aufgebaut. Im Falle der Übertragung der Zuständigkeiten und der Tätigkeiten auf die privatrechtliche Organisation werden ja - dies steht auch im Artikel - die Südtirol Tourismuswerbung und dementsprechend auch die Abteilung Fremdenverkehr aufgelöst. Dieses viele Dutzende von Millionen schwere Paket an Software sowie an spezialisierter Hardware ist für keinen anderen Zweck verwendbar als für jenen, für den es in den letzten Jahren erarbeitet wurde. Also ist es äußerst sinnvoll, es weiterhin diesem Zweck zuzuführen. Der Weg, dies zu tun, wird hier aufgezeigt.

Ähnlich ist es mit Liegenschaften, die möglicherweise auch in Zukunft dem Zweck gewidmet werden, den sie heute gemäß Entscheidung der Landesverwaltung gewidmet sind. Im übrigen ist es so, daß die Zurverfügungstellung ja keine Besonderheit in unserer Rechtstradition ist, sondern - ganz im Gegenteil - die kostenlose Zurverfügungstellung selbst ohne die Vorschrift einer eigenen Konvention seit vielen Jahren in der Landesgesetzgebung enthalten ist. Insofern ist unser Vorschlag nicht außergewöhnlich, wie er hingegen von manchen Kollegen empfunden wurde.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung.

BENEDIKTER (UFS): Ich ersuche um Geheimabstimmung!

PRÄSIDENTIN: Der Abgeordnete Benedikter und vier weitere Abgeordnete haben die geheime Abstimmung beantragt. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 27 abgegebene Stimmen, 13 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen. Der Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Ich verlese nun den fünften Abänderungsantrag, eingebracht von der Abgeordneten Zendron: "Artikel 3 Absatz 2: Die Wörter "in Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion" werden gestrichen."

"Articolo 3, comma 2: Le parole "in considerazione della sua funzione pubblica" sono soppresse."

Abgeordnete Zendron, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

ZENDRON (GAF-GVA): Mi pare sia un po' una sfacciataggine dire che questa società abbia una funzione pubblica, considerato che abbiamo visto che si tratta di una operazione di sia pur falsa privatizzazione che vuole mettere nelle mani dei privati, adesso abbiamo limitato la partecipazione pubblica al 50%, mi pare che non si possa dire che abbia una funzione pubblica, altrimenti poteva rimare quello che c'era già prima. Noi assistiamo ad una curiosa, strana operazione di privatizzazione in cui a questa società viene data di tutto e di più, tanto quanto neanche i pubblici hanno, perché i pubblici hanno un finanziamento fino ad un certo punto e poi non hanno una formulazione vaga in cui si dice "faremo una convenzione". Vorrei far notare anche all'assessore Saurer che si occupa di associazioni di carattere sociale, che anche se poi c'è un intervento che cerca di coprire le cose, molte associazioni che svolgono funzioni importantissime in campo della psichiatria ecc. sono finanziate all'80% e devono sempre arrabattarsi disperatamente per trovare il 20% mancante, a tal punto che c'è, al momento del rendiconto, la questua. Io ho sempre difficoltà a capire per quale ragione ad esempio un'associazione che si occupa di fare attività culturale e integrativa con i malati psichici deve cercare il 20% e dove lo deve cercare, ma comunque, come immagino tutti quelli che siedono qui, abbiamo cercato di pagare questo mancante. Pensi un po', Assessore, la Sua Giunta sta votando una falsa privatizzazione in cui alle associazioni viene dato altro che il 100%, viene dato loro il finanziamento per tutte le loro attività, l'edificio, gli arredamenti, e oltre tutto anche un'apertura di una linea di credito senza che ci sia il benché minimo limite. "*Ulteriori disposizioni relative alla messa a disposizione* - che poi è un modo di parlare coerente con quella pubblicità sfacciata che si sta facendo la Giunta provinciale in tutti i giornali che dice che la lingua è semplice - *saranno stabilite in un'apposita convenzione*". Io vorrei che prima di dire che ha un indirizzo sociale ecc. questa Giunta provinciale parificasse almeno la sua generosità verso i più deboli con quella che usa verso le categorie qui rappresentate dall'assessore Frick. Non ho mai visto in una legge

sociale un'apertura di credito così incondizionato, così totale e così generosa da parte della Giunta provinciale. Eppure questo, seppure di stretta misura, è stato approvato. Trovo che sia una cosa scandalosa. Dire che questo adesso viene fatto in considerazione della sua funzione pubblica è uno schiaffo in faccia che viene dato ai cittadini, ai quali si chiede di pagare di tutto e di più e anche di fare finta che questo sia un obiettivo pubblico. Spiegate mi, perché forse sono io che oggi ho delle idee strane, ma a me pare che non siano tanto strane le idee e che ci sia un comportamento diverso e un po' più favorevole rispetto a quello che normalmente è il comportamento della Giunta provinciale verso altre categorie.

Questo emendamento mi riservo anche eventualmente di ritirarlo dopo che avrò sentito il parere dei colleghi, però mi sembra un'affermazione che non corrisponde a verità, perché qua di funzione pubblica non ce n'è proprio, altrimenti non sarebbe necessaria la privatizzazione.

BENEDIKTER (UFS): Es tut mir leid, wenn ich langweile. Ich möchte nicht wiederholen, was ich bereits gesagt habe. Wenn dieser Antrag, die Worte "in Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion" zu streichen, angenommen würde, dann würde der Widerspruch zum Artikel 43 der Verfassung irgendwie weniger akzentuiert. Letzten Endes bliebe aber alles beim alten. Dadurch wird die öffentliche Funktion dieses Unternehmens noch einmal unterstrichen. Der Widerspruch zum Artikel 43 der Verfassung wird umso klarer bzw. könnte gar nicht stärker betont werden. Im Artikel 43 der Verfassung ist die Rede davon, daß der Staat Unternehmen mit Gesetz gründen bzw. einrichten kann, wenn diese wesentliche öffentliche Dienste, Energiequellen oder Monopolstellungen betreffen und ihrem Wesen nach ein überwiegendes Allgemeininteresse haben. Es wird doch jeder zugeben, daß dies für die Fremdenverkehrswerbung nicht zutrifft, obwohl nicht nur Südtirol, sondern auch der italienische Staat alles Interesse hätte, die Fremdenverkehrswerbung in die Hand zu nehmen, damit für ganz Italien gesorgt werden kann und es nicht Initiativen wie der STW überlassen wird. Stellt Euch vor, wenn der italienische Staat dies tun könnte! Gerade die heutige Regierung, die ja eine Verschmelzung zwischen Altkommunisten und Altdemokraten ist, würde dies tun. Aber mit dem Wort "öffentliche Funktion" wird dies betont.

Ich möchte etwas hinzufügen, was ich noch nicht gesagt habe. Artikel 43 der Verfassung besagt folgendes: "*Aus Gründen des Allgemeinwohls kann das Gesetz dem Staat, den öffentlichen Körperschaften oder Vereinigungen von Arbeitern oder Verbrauchern bestimmte Unternehmen oder Arten von Unternehmen im vorhinein vorbehalten oder im Enteignungswege gegen Entschädigung übertragen, wenn diese wesentliche öffentliche Dienste oder Energiequellen oder Monopolstellungen betreffen und ihrem Wesen nach ein überwiegendes Allgemeininteresse haben.*" Da könnte man sagen - dies gehört zur Sache -, daß der "gute" Michl Laimer recht hat, wenn er das Landesmonopol in der Stromerzeugung bzw. -verteilung einführen will. Dies ist im Artikel 43 sehr wohl vorgesehen. Darin wird auf die Energiequellen verwiesen. Die SEL-AG tritt

anstelle der ENEL. Mit der ENEL wurde es auf gesamtstaatlicher Ebene verwirklicht. Mit dem "ENEL-Gesetz" ist ausgeschlossen worden, daß sich irgendeine Region - egal, ob Sizilien, das die größte Autonomie hat, oder Südtirol - anstelle der ENEL setzen kann. Wir kennen ja die diesbezüglichen Artikel des Autonomiestatutes und dessen Durchführungsbestimmungen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinzufügen, daß das Parlament jüngst eine Art Tagesordnung angenommen hat. Insbesondere Landesrat Laimer hat dann bekräftigt, daß wir hinsichtlich Elektrizität mehr tun und die SEL-AG gründen können. Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn es die Zeitung - wie üblich - so dargestellt hat, als ob dies nun ein Autonomieerfolg wäre. Darin ist nur eine Empfehlung im Zusammenhang mit den Reformvorschlägen der sogenannten Bicamerale enthalten, welche besagt, daß die Zuständigkeiten hinsichtlich Elektrizität der Region Trentino-Südtirol nicht beschnitten bzw. vermindert werden sollen. Es handelt sich nur um eine Empfehlung und um sonst gar nichts! Abgesehen davon kann eine Empfehlung, wie man weiß, ein frommer Wunsch bleiben und verpflichtet das Parlament in keiner Weise. Von einer Förderung oder Anerkennung einer Monopolstellung der SEL-AG ist keine Spur.

Wir wissen, daß das, was die sogenannte Zweikammerkommission vorgeschlagen hat, jetzt weggefallen ist bzw. abgeschafft wurde und von neuem begonnen werden muß. Abgesehen davon haben wir ja ein Autonomiestatut, in dem unsere Befugnisse hinsichtlich der Energiequellen beschrieben werden. Ich habe mich ja am meisten dafür eingesetzt, das Autonomiestatut tatsächlich auszuwerten. Darin wird ausdrücklich wiederholt, daß das Land nicht anstelle der ENEL - das haben wir damals erreicht - treten kann. Man hätte uns niemals zugestanden, daß die Gemeinden bzw. die örtlichen Körperschaften anstelle der ENEL sowohl die Erzeugung als auch die Verteilung von Strom übernehmen können. In Artikel 43 der Verfassung heißt es ja, daß das Gesetz dem Staat Unternehmen vorbehalten kann, wenn diese wesentliche öffentliche Dienste oder Energiequellen betreffen. Hier haben wir die neuen Richtlinien der Europäischen Union, was die Liberalisierung der Energiequellen betrifft. In Rom zerbrechen sie sich den Kopf darüber, wie man das ENEL-Monopol trotz dieser allgemeinen Richtlinien bzw. trotz der Liberalisierung, wobei das sogenannte alljährliche Durchführungsgesetz gemacht wurde, aufrechterhalten könnte. Auch Artikel 43 der Verfassung wird durch EU-Bestimmungen, die hinsichtlich der Energiequellen noch durchgesetzt werden müssen, überwunden. Danke!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. UMBERTO MONTEFIORI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento.

BENEDIKTER (UFS): Ich beantrage die geheime Abstimmung!

PRESIDENTE: Il consigliere Benedikter e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 27, sì 9, no 16 e schede bianche 2. L'emendamento è respinto.

Do lettura del sesto emendamento a firma della consigliera Zendron: "Articolo 3, comma 2: Le parole "Ulteriori disposizioni relative alla messa a disposizione saranno stabilite con un'apposita convenzione" sono soppresse."

"Artikel 3 Absatz 2: Der letzte Satz wird gestrichen."

La parola alla collega Zendron per l'illustrazione.

ZENDRON (GAF-GVA): Questo è uno dei punti più inaccettabili di questo disegno di legge, al di là del fatto delle diverse disposizioni finanziarie che vengono fatte con questo secondo comma, per cui a questa nascente società privata viene attribuito un finanziamento annuale, edificio ecc. Questa disposizione esula da quelle che sono normalmente le forme di finanziamento previste per associazioni anche di carattere sociale, come ho avuto modo di dire prima all'assessore Saurer che non ho capito bene se fosse sorpreso oppure d'accordo con questo indirizzo della Giunta provinciale. Non si può mettere all'interno di una legge una espressione di questo genere: "*Ulteriori disposizioni di messa a disposizione*"; è di una genericità sconcertante. Ho chiesto all'assessore al bilancio di spiegarci quale sia l'effettivo impegno di spesa perché sono convinta che non si possano fare delle leggi in cui non si sa quanto si andrà a pagare, ma semplicemente il quanto è il risultato di una contrattazione che dovrebbe essere fatta fra i rappresentanti dell'amministrazione pubblica e coloro che vanno a chiedere soldi. Evidentemente qui si fa dipendere la quantità del finanziamento dalla capacità contrattuale che hanno i futuri beneficiari. E' un modo inammissibile di trattare il denaro pubblico e chiedo che almeno per decenza questa ultima parte di previsione di finanziamento venga cancellata.

E' una questione molto controversa, siamo stanchi, ma pensate un attimo. Questo è veramente un modo non rispettoso del denaro pubblico di portare avanti le cose. Vi chiedo di votare a favore della soppressione di questa ultima disposizione. Questa disposizione non era nel testo originale dell'assessore Frick ed è stato aggiunto in commissione. Invito quindi i colleghi, anche quelli che possono essere favorevoli ad una simile operazione, a tenere conto che questo è un elemento che esula dal normale comportamento della Giunta provinciale. Insisto, Presidente, nel chiedere che l'assessore al bilancio, responsabile di questo disegno di legge, ci spieghi se è un modo che lui intende poi proseguire nelle sue ulteriori leggi che noi approveremo, quello di lasciare uno spazio del bilancio aperto nella quantità da definirsi alla contrattazione. Prima ho chiesto una spiegazione, non l'ho avuta, chiedo ancora che sia l'assessore al bilancio a spiegarci questa parte che è di bilancio. Assessore, lei ha delegato tutto questo articolo all'assessore competente per la materia, però

questa è questione di bilancio, e io vorrei da Lei una presa di posizione su questa formulazione. E' ammissibile che noi facciamo leggi in cui una parte dell'impegno di spesa a carico dei cittadini sia aperto, da definirsi tramite contrattazione con i beneficiari? Se è così naturalmente noi cercheremo di farlo con tutte le associazioni che ci stanno magari più a cuore quelle di carattere sociale ecc., che oggi sono finanziate solo per l'80% non per il 150% come qui sta accadendo con questa strana società.

WILLEIT (Ladins): Auch mir erscheint dieser Abänderungsantrag als begründet. Ich kann die oberflächliche Formulierung des Textes bestätigen. Ich kann mir auch keinen Reim daraus machen, was diese näheren Bestimmungen zu bedeuten haben. Geht es hier um weitere Zurverfügungstellungen neben den Liegenschaften und deren Ausstattung? Oder, geht es um eine nähere Regelung dieser Liegenschaften und deren Benützung bzw. Ausstattung? Ich nehme an, daß letzteres der Fall ist. Aber es stimmt sicherlich, was Kollegin Zendron in bezug auf die Regelung der buchhalterischen Belange gesagt hat. Man weiß nicht, was es kostet. Was mich jedoch am meisten stört, ist die Konvention. Ich glaube, daß man keine Konvention mit sich selbst vorsehen kann. Ich gebe zu Bedenken, daß genau die Hälfte dieser Gesellschaft in den Händen des Landes sein muß! Also für die Hälfte beschließt das Land selber. Wie soll das Land im Vereinbarungswege mit sich selber eine Regelung treffen? Diese Vorgangsweise erscheint mir nicht gerade die geeignetste zu sein. Das Land soll andere Wege finden!

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter, sull'ordine dei lavori.

BENEDIKTER (UFS): Herr Präsident! Sie haben heute für 20.00 Uhr im Sitzungssaal des Südtiroler Landtages in Anwesenheit des Präsidenten des Regionalrates der Region Sardinien Mario Seles, des Assessors für Umwelt Pasquale Onida und des Assessors für Tourismus Antonello Taba eine Gesprächsrunde über Umwelt und Tourismus "Sardinien und Südtirol im Vergleich" einberufen. Wenn dies einen Sinn haben soll, dann würde ich ersuchen, die Sitzung um 18.00 Uhr zu beenden. Da ich von 1941 bis 1942 14 Monate lang in Sardinien "Caporale d'Infanteria" war, möchte ich gerne daran teilnehmen. Dort haben wir jeden Dienstag 20 Kilometer und jeden Freitag 50 Kilometer marschieren müssen. Deswegen kenne ich Sardinien gut und möchte gerne an dieser Gesprächsrunde teilnehmen. Dies geht leider nicht, wenn wir die Sitzung bis 19.00 Uhr fortsetzen.

PRESIDENTE: Ho apprezzato moltissimo l'intervento dell'ex caporal maggiore dell'esercito italiano, del mio collega, Benedikter. Mi fa molto piacere, però credo che la volontà dell'aula sia quella di andare avanti rapidamente.

Comunque di fronte alla richiesta del consigliere anziano, non posso fare altro che mettere in votazione la proposta.

BENEDIKTER (UFS): Geheimabstimmung, bitte!

PRESIDENTE: Il consigliere Benedikter e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Do lettura dell'esito della votazione: con 29 schede consegnate, 13 voti favorevoli e 16 voti contrari la proposta del consigliere Benedikter è respinta.

Ha chiesto di intervenire il collega Bolzonello, ne ha facoltà.

BOLZONELLO (UNITALIA): Sono convinto che questo sia uno dei peggiori passaggi di questo articolo, a parte quello relativo alla percentuale di capitale che sarà investito in questa società per azioni. Dare la facoltà, in pratica non fissare nulla di quanto può accadere in futuro rispetto ai beni finanziari e strumentali che possono essere messi a disposizione di questa società, credo sia fuori da ogni buona norma legislativa. Per quel che conosco, due partner quando hanno intenzione di unirsi per fare una società, ognuno conferisce dei beni, ovvero investe un certo capitale in cambio di una partecipazione di quote, e normalmente può avvenire la messa a disposizione di beni strumentali per l'esercizio dell'attività sociale. In questo caso mi pare invece che con questo tipo di proposizione non solo alla Provincia è concesso, anzi viene auspicato, l'intervento annuale e non solo in termini di investimento ma anche in termini di ripiano del deficit eventuale, ma è auspicato anche il fatto che possa essere ampliata la dotazione strumentale, e parlo anche di beni immobili, per la funzione di questa società. Io non sono d'accordo perché non è un passaggio chiaro e soprattutto lascia aperta ad ogni genere di iniziativa fatta dalla Giunta provinciale. Come ha detto il collega Willeit vi è poi una strana sovrapposizione tra amministratori che da una parte sono componenti il consiglio di amministrazione, ovvero ricoprenti cariche sociali all'interno della società, e dall'altra possono essere magari assessori della Giunta provinciale, quindi andare a mischiare un interesse di tipo privatistico per il quale hanno una retribuzione, perché ovviamente ogni carica sociale è retribuita a norma di legge, e dall'altra essere anche amministratori e quindi coloro i quali devono poi procedere all'aumento di capitale o al rimpinguamento della dotazione di beni di vario genere.

Sono convinto che si tratta dell'ennesima leggerezza che viene fatta a proprio tornaconto di una categoria la quale se pure è uno dei settori importanti di questa nostra economia provinciale, dall'altra mi pare abbia già tanti e tali benefici in tutti i settori. In tutti i campi ed in qualsiasi tipo di legge o quasi abbiamo visto che vi sono delle provvidenze per determinate lobby. Gli albergatori sono una di queste. Quindi credo non vi sia proprio bisogno di andare a tenere

in una norma di questa portata un auspicio come questo. Ecco perché la soppressione proposta dalla collega Zendron avrà il mio voto positivo.

KLOTZ (UFS): Es geht hier um den Vorschlag, wenigstens den letzten Satz des Absatzes 2 des Artikels 3 zu streichen, welcher besagt: *“Der Landesbetrieb für Tourismuswerbung gemäß Abschnitt 1 des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, wird mit im Amtsblatt der Region zu veröffentlichendem Dekret des Landesrates für Tourismus aufgelöst. Mit diesem Tag tritt die Gesellschaft gemäß Absatz 1 die Nachfolge des aufgelösten Landesbetriebes in allen Belangen an. Ab Auflösung des Landesbetriebes für Tourismuswerbung ist der Abschnitt 1 des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, aufgehoben.”* Wenn man konsequent gegen diese Manöver ...

ABGEORDNETE: (unterbrechen)

KLOTZ (UFS): Entschuldigung! Der letzte Satz des Absatzes 2 besagt folgendes: *“Nähere Bestimmungen der Zurverfügungstellung sind in einer eigenen Konvention festzulegen.”* Wir haben also keinerlei Einfluß mehr. Mit einem Wort beschließt sich die Landesregierung selber, was sie sich gratis zur Verfügung stellt. Insofern ist dies ein Manöver schlechtesten Geschmacks, schlechtesten politischen Stils, aber auch schlechtesten Manier, was die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und gegenüber öffentlichen Mitteln, sprich Steuergeldern, anbelangt.

Die Landesregierung macht praktisch mit sich selber eine Konvention betreffend die Zurverfügungstellung von Immobilien und Ausstattungsgegenständen. Warum benötigt sie diese Konvention mit sich selber, wenn sie sowieso mindestens zu 50 Prozent bestimmt? Es wird zwangsläufig noch mehr öffentliche Beteiligung geben. Es werden sich noch andere öffentliche Körperschaften anschließen. Bis zum Schluß ist doch die Landesregierung diejenige, die dann mit sich selber eine Konvention macht. Dies geschieht nur deshalb, damit es besser aussieht. Es handelt sich um reine Kosmetik, aber schlechtesten Stils! Schlußendlich entscheidet sowieso die Landesregierung darüber. Also, ein entschiedenes Ja zu diesem Abänderungsantrag!

FRICK (Landesrat für Handwerk, Handel, Fremdenverkehr - SVP): In der Interpretation dieses Artikels müssen sich einige Mißverständnisse eingeschlichen haben. Ich möchte ganz kurz erklären, was die Ratio des entsprechenden Satzes ist. Wir haben ja vorher festgestellt, daß die Landesregierung ermächtigt wird, Liegenschaften und Ausstattungsgegenstände zur Verfügung zu stellen. Der Zusatz, den die Kollegin jetzt als nicht positiv empfindet, sagt, daß nähere Bestimmungen zu dieser Zurverfügungstellung in der Konvention vorgesehen werden sollen. Es läuft also auf das Einengen der Bestimmungen hinaus. Dies ist der Gegenstand. Ich möchte allerdings dazusagen, daß es für die Anwendung der Norm völlig unerheblich ist, ob dieser Passus enthalten ist oder nicht. Wenn der Hohe Landtag und die Mitglieder desselben der Meinung

sind, man solle diesen Satz streichen, dann soll dies geschehen. Die Regierung nimmt also keine Position dazu ein.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione.

KLOTZ (UFS): Ich beantrage die geheime Abstimmung!

PRESIDENTE: La consigliera Klotz e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 29, sì 28 e no 1. L'emendamento è approvato.

Il settimo emendamento, presentato dalla consigliera Zendron, dice: "Articolo 3, comma 4: Le parole "ai fini del calcolo del trattamento di pensione" sono soppresse."

"Artikel 3 Absatz 4: Die Wörter "auf die Ruhestandsbehandlung anrechenbare" werden gestrichen."

La parola alla collega Zendron per l'illustrazione.

ZENDRON (GAF-GVA): Siamo arrivati alla parte di legge che riguarda il personale. Si tratta di una situazione in cui la produttività, la qualità del lavoro, dipende dalle persone, dalle professionalità. E' quindi interesse della stessa società che il personale venga rispettato nelle sue caratteristiche.

C'è stata una lunghissima trattativa, con una scarsa comprensione iniziale da parte della Giunta provinciale. Fra l'altro non è una cosa eccezionale perché sappiamo che la Giunta provinciale non ha dato il meglio in questi ultimi anni. E' stato trovato poi un accordo, però ci sono ancora degli aspetti che non sono del tutto chiari. In particolare viene riconosciuta una garanzia di continuare nel trattamento avuto fino adesso, però solo ai fini del calcolo del trattamento di pensione. Per il resto vale lo statuto dei lavoratori, perché ovviamente non si può tornare indietro rispetto al trattamento di cui si godere in precedenza, però non vi sono garanzie per gli sviluppi di carriera ecc. E' chiaro che trattandosi di una situazione in cui i lavoratori dipendenti in questo settore sono passati già per una volta dal settore privato a quello pubblico, adesso tornano nel privato, è anche loro diritto ottenere una garanzia del trattamento che loro spetta, a mio parere non esclusivamente ridotto a quello che ha a che fare con la pensione.

Questo è un problema di difficile soluzione, perché esiste, proprio in base all'esperienza che questo personale ha, una notevole sfiducia nelle possibilità di questa società privatizzata rispetto a quella che è la possibilità di funzionamento e di efficacia che ha la situazione attuale che ha caratteristiche di ufficio pubblico. La sfiducia, motivata anche dall'esperienza e dalla professionalità fa sì che maggiore sia la richiesta di garanzia nello spostarsi o nel rimanere nel settore pubblico, nel poter valutare come questa situazione si possa evolvere e

di avere la possibilità poi di continuare la propria carriera all'intero dell'ente pubblico. Ovviamente questo è più difficile quando si pensa che queste persone hanno una professionalità molto elevata e anche molto specifica. Anche il fatto di non accettare di rimanere in questa fantomatica società che dà poche garanzie, salvo il fatto che sappiamo che nelle condizioni attuali se ci sarà qualche crisi la generosa mano pubblica ripescherà ancora nelle tasche dei cittadini per andare a coprire eventuali problemi finanziari che insorgeranno, questo è però un aspetto da vedere separatamente, anche se il tutto caratterizza e dà un'immagine di un'operazione che noi continuiamo a non condividere nella sua formulazione.

Qui chiediamo che le garanzie del trattamento economico, almeno equivalente a quello maturato presso l'amministrazione provinciale, sia un'affermazione non limitata ai fini del calcolo del trattamento di pensione. Si potrebbe dire "anche", ma certamente non può essere un limite perché comunque lo Statuto dei lavoratori non permette che si torni indietro. Quindi mi pare che sia opportuno che questo "ai fini del calcolo di trattamento di pensione" non sia una limitazione all'affermazione precedente ma eventualmente o sparisca e rimanga tutto uguale, o si dica "anche".

Con questo emendamento abbiamo avuto la possibilità di approfondire quest'ultimo e per nulla irrilevante aspetto della questione che è oggi all'ordine del giorno.

BENEDIKTER (UFS): In diesem Artikel heißt es: *“Die Landesregierung ist ermächtigt, die Gründung einer Kapitalgesellschaft in die Wege zu leiten, die für das Tourismusmarketing des Landes Südtirol zuständig ist und - insbesondere zur Nutzung von Synergien - die werbliche Zusammenarbeit mit den anderen Wirtschaftssektoren zum Ziel hat.”* Man möchte meinen, daß es sich hier um eine Kapitalgesellschaft gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch handelt, also wie die Kapitalgesellschaften allgemein geregelt sind und ihre Gestaltung sowie das Funktionieren jetzt auch weitgehend von Europäischen Richtlinien abhängig sind. Es soll ja eine regelrechte Gesellschaft sein und nicht eine Einrichtung der Provinz bzw. eine Körperschaft, die von der Provinz geschaffen und mit Gesetz näher geregelt wird. Die Gesellschaft muß gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch frei sein und ihr Personal gemäß Marktbedingungen aufnehmen und besolden. Diese Besoldung könnte unter Umständen mehr oder weniger bedeuten. Meiner Ansicht nach wäre es noch zulässig zu sagen, daß diese Gesellschaft - es handelt sich ja um eine private Gesellschaft - das Landespersonal übernehmen soll, welches diesen Dienst auch bisher versehen hat. Dies müßte möglich sein, wenn eine solche Gesellschaft geschaffen würde. Abgesehen davon widerspricht die Gründung einer Gesellschaft mit Hauptbeteiligung der Provinz dem Artikel 43 der Verfassung. Es soll eine Gesellschaft gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch sein, so wie die privaten Gesellschaften als solche geregelt sind. Ihr Funktionieren usw. darf nicht vom Land näher geregelt werden. In Absatz 1 heißt es, daß der Gründungsakt und die Satzung der Kapitalgesellschaft von der Landesregierung zu genehmigen sind. Ich gehe immer da-

von aus, daß dasselbe auch für den italienischen Staat gelten muß. Wenn es mit Artikel 43 vereinbar ist, kann es auch der italienische Staat für das ganze Staatsgebiet tun, egal, ob es um den Fremdenverkehr, die Landwirtschaft, die Industrie, das Handwerk oder worum auch immer geht. Stellt Euch vor, der italienische Staat würde eine solche Gesellschaft für die Fremdenverkehrswerbung für ganz Italien gründen!

Außerdem steht noch im Gesetz, daß der Gründungsakt und die Satzung der Kapitalgesellschaft nicht von den Gründern der Gesellschaft als solchen gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch vereinbart werden, sondern daß diese dem Staat auferlegt werden. Wir befinden uns wirklich nicht mehr in der Sowjetunion. Ich spreche jetzt vom totalitären Staat. Dort hat der Staat alles tun können, unter anderem auch Gesellschaften gründen, die vom Staat her geregelt wurden.

Auch wenn man die Worte "auf die Ruhestandsbehandlung anrechenbare" streichen sollte, so wie jetzt die Abstimmung ausgefallen ist, wobei ja von 29 Abstimmenden ...

ABGEORDNETER: (*unterbricht*)

BENEDIKTER (UFS): Ich weiß schon, daß das etwas anderes ist! So viel verstehe ich noch. Ich bin noch nicht ganz narrenhausreif. Ich verstehe schon, daß Sie mich gerne dort hätten!

Auch wenn diese Worte "auf die Ruhestandsbehandlung anrechenbare" gestrichen werden, ändert dies grundsätzlich nichts an der Verfassungswidrigkeit, wie ich sie vertrete. Ich bleibe immer noch dabei. Stellt Euch vor: Wenn das zulässig und mit Artikel 43 der Verfassung vereinbar wäre, könnte auch der italienische Staat eine solche Gesellschaft gründen. In erster Linie denke ich dabei an die ENEL, weil hier auf die Energiequellen Bezug genommen wird. Aufgrund der jetzigen EU-Richtlinien wäre dies nicht mehr zulässig. Die ENEL müßte abgeschafft werden. Aber sie wird - soviel ich weiß - doch irgendwie aufrechterhalten, und zwar in der Monopolstellung. Stellt Euch vor, der Staat könnte dasselbe tun! Ich glaube, daß wir damit nicht einverstanden wären. Wir hätten schwere Einwände dagegen, daß der Staat eine solche Gesellschaft - in welchem Bereich auch immer - bilden könnte.

In Artikel 43 der Verfassung ist ja die Rede von: "*Aus Gründen des Allgemeinwohls kann das Gesetz dem Staat, ...*" Er meint das Staatsgesetz als solches. Ich lege es so aus, daß auch die Regionen - bei uns die Provinzen - dasselbe tun könnten. So könnte der Staat sagen: "Ich gründe jetzt ein Unternehmen, so wie es bei der ENEL oder bei Post, Eisenbahn und Telephon der Fall war." Letztere werden also vom Staat beherrscht, obwohl sie privatisiert wurden. Die ENEL wurde nicht privatisiert. Sie ist nach wie vor eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft. Stellt Euch vor, der Staat würde jetzt auf dem Sachgebiet Fremdenverkehr eine solche Gesellschaft gründen! Er müßte diese selbstverständlich für ganz Italien und nicht nur für alle anderen Regionen, mit Ausnahme der Region Trentino-Südtirol, bilden. Ansonsten hätte es keinen Sinn.

Wir wären damit bestimmt nicht einverstanden. Daher kann der Staat etwas derartiges nicht genehmigen. Wir schaden uns selber, wenn wir zugeben, daß so etwas mit Landesgesetz möglich sein müßte. Dann könnte dasselbe auch mit Staatsgesetz durchgeführt werden. Ich verstehe immer noch nicht, warum man nicht das tut, was bisher der Fall war, nämlich, die Fremdenverkehrswerbung zu unterstützen, so daß keine Wettbewerbsverzerrung entstehen kann.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento.

BENEDIKTER (UFS): Ich ersuche um geheime Abstimmung!

PRESIDENTE: Il consigliere Benedikter e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 26, sì 5, no 19 e schede bianche 2. Pertanto l'emendamento è respinto.

Chi chiede la parola sull'articolo? Collega Klotz, prego.

KLOTZ (UFS): Herr Finanzlandesrat! Es muß Sie in erster Linie interessieren, was die Lobbyisten hier vorhaben. Sie müssen ja in Zukunft 300 Millionen Lire zahlen. Das dürfte schon interessant sein. Bitte, haben Sie soviel Geduld, noch einmal zuzuhören! Wir können diesem Artikel nicht zustimmen, weil er ein getarntes Manöver ist, sich noch mehr Macht unter einem Mäntelchen der Privatisierung anzueignen. Auch der Abänderungsantrag der Kollegen Ianieri und Willeit hat nichts verbessert. Beweis dafür ist, daß die Landesregierung diesen genehmigt hat. Die Mehrheit hat ihn ja angenommen. Ansonsten wäre dieses Abstimmungsergebnis nicht erklärbar. Infolgedessen ändert sich am Vorhaben als solchem überhaupt nichts. Diese Gesellschaft wird errichtet werden. Sie wird Immobilien entweder zu reduziertem Preis oder gratis zur Verfügung gestellt bekommen. Wir können davon ausgehen, daß die öffentliche Beteiligung mehr als die Hälfte betragen wird. Infolgedessen hat es mit Privatisierung nichts zu tun.

Im Verlaufe der Debatte zu diesem Artikel hat es sehr viele einleuchtende Argumente gegeben, auch jenes des Schwindens der Motivation gerade vieler privatwirtschaftlicher Bereiche. Wenn die öffentliche Hand hier sowieso einen Großteil von dem, was bisher aus privater Initiative getan worden ist, übernimmt, so ist dies weder eine Verbesserung noch ein Dienst für die Wirtschaftstreibenden und die Tourismusbranche. Aus diesem Grund ein klares Nein zum vorliegenden Artikel, der sich ja kaum geändert hat!

BENEDIKTER (UFS): Nachdem es hier wirklich nicht um eine Kleinigkeit, sondern um eine Grundsatzfrage geht, fühle ich mich verpflichtet, noch einmal die grundsätzlichen Einwände gegen die Schaffung dieser Landesge-

sellschaft, wie sie im vorliegenden Artikel vorgesehen ist, zu wiederholen. Wir machen von der uns gegebenen und von mir wesentlich aufgebauten Autonomie in den vergangenen 40 Jahren - von 1948 bis 1988 - einen schlechten Gebrauch. Dieser Gebrauch läuft letzten Endes auf den Abbau der Autonomie hinaus. Dies habe ich bereits in sechs Broschüren nachgewiesen. Eine siebte Broschüre ist unterwegs. Ich habe damals - 1988 - im Parteiausschuß darauf hingewiesen, daß durch den Verfassungsgerichtshof seit Beginn der 80er Jahre wesentliche Befugnisse der Autonomie beschnitten worden sind. Einerseits sind durch Staatsgesetze, andererseits aber auch durch Regierungsdekrete wesentliche Autonomierechte beschnitten worden. Ich habe geltend gemacht, daß wir dies nicht hinnehmen können und deswegen die Streitbeilegungserklärung nicht abgeben dürfen. Damals hat Landeshauptmann Durnwalder folgendes geantwortet: "Geld ist die Hauptsache. Alles andere ist Nebensache. Der Abgeordnete Benedikter soll endlich mit seinen politischen Forderungen aufhören." Seitdem wird diese Politik befolgt, um den überhöhten Geldstrom von Rom zu sichern. Wir bekommen ja pro Person rund 12 Millionen Lire, wovon nur zwei Drittel vom Steuerertrag des Landes und ein Drittel - 3 bis 4 Millionen Lire - aus dem staatlichen Schuldenberg, der ja abgebaut werden muß, stammen. Ich habe nachgewiesen, daß - seitdem Landeshauptmann Durnwalder am Ruder ist - hier systematisch auf Autonomierechte verzichtet wird, und zwar des Geldes wegen. Niemand hat dies bestritten.

Unter den Pressemitteilungen vom 4. Juni liest man folgendes: "*Das Südtiroler Mitglied in der Zweikammerkommission, Kammerabgeordneter Karl Zeller, bewertete die kommende Entwicklung - nach der Abschaffung des Zweikammerreformentwurfes - mit Skepsis. Für Südtirol bedeute die jüngste Entwicklung, daß wir auf dem Weg der Entfaltung unserer dynamischen Autonomie umso entschiedener weitergehen und unsere Reformvorschläge weiterbetreiben werden. Dabei müsse die internationale Absicherung der Südtirolautonomie gewährt werden.*" Wunderbar! Allerdings haben die SVP-Vertreter Südtirols und insbesondere Karl Zeller genau das Gegenteil getan. Zeller hat unterschrieben, daß die Region Trentino-Südtirol weiterbestehen soll. Änderungen am bestehenden Autonomiestatut können von beiden Provinzen vorgeschlagen und müssen dann vom Regionalrat genehmigt werden. Die Region besteht also weiter. Dem hat Karl Zeller zugestimmt. Änderungen können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Regionalrates zustandekommen.

Österreich hat am 19. Juni 1992 eine Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen abgegeben, worin es heißt, daß sowohl der Pariser Vertrag als auch das Paket 100prozentig erfüllt sind, und zwar trotz der Koordinierungsbefugnis, die weder im Pariser Vertrag noch im Paket vorgesehen ist. Aufgrund dieser Koordinierungsbefugnis hat der Staat wesentliche Autonomiebefugnisse beschnitten. Der Verfassungsgerichtshof hat dem Staat in 65 Urteilen recht gegeben. Was die eigenständige Energieversorgung betrifft, ist in einem dieser Urteile auch bekräftigt worden, daß die privaten Konzessionen über den im Artikel 13 des Autonomiestatutes vorgesehenen Termin hinaus unendlich verlängert werden können. Also muß beim Ablauf der Konzession zwischen

Staat und Provinz kein Einvernehmen erzielt werden. Ein solches Einvernehmen könnte beispielsweise beinhalten, daß die Konzessionen über rund 2 Milliarden Kilowattstunden auf die Provinz übergehen, also nicht auf die SEL-AG, sondern auf die örtlichen Körperschaften. Somit könnten wir wenigstens jenen Teil der öffentlichen Gewässer, der für die Energieversorgung des Landes ausreichen würde - rund 2 Milliarden Kilowattstunden - übernehmen. So war es gedacht. Ich habe es damals auch in den Durchführungsbestimmungen durchgesetzt. Allerdings ist dann das Staatsgesetz in Kraft getreten, welches gegen Artikel 13 spricht. Dies ist jedoch vom Verfassungsgerichtshof bekräftigt worden. In der Streitbeilegungserklärung, die Österreich vor den Vereinten Nationen abgegeben und die die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 30. Mai 1992 genehmigt hat, steht auch drinnen, daß das Paket eine rein inneritalienische Angelegenheit ist, also keine Verbesserung des Pariser Vertrages. Wenn Italien das zweite Autonomiestatut, welches aus dem Paket heraus entstanden ist, abschaffen und das alte Autonomiestatut, sprich jenes von 1948 bis 1972, wiederherstellen würde, könnte dies international nicht verklagt werden. Warum? Es könnte deswegen nicht verklagt werden, weil es sich um eine rein inneritalienische Angelegenheit handelt und weil es nicht Italien, sondern Österreich vor den Vereinten Nationen erklärt hat. Weiters steht in dieser Streitbeilegungserklärung, daß, sollten die Südtiroler mit einer neuen Forderung kommen, da sie enttäuscht worden sind, Italien - dies hat Österreich vor den Vereinten Nationen erklärt - diese Forderungen nicht erfüllen darf, es sei denn, die italienische Sprachgruppe im Lande wäre damit einverstanden.

Ich habe bereits auf die dynamische Autonomie verwiesen. Man übernimmt vom Staat im Delegierungswege eine Reihe von Befugnissen. Die Delegierung müßte vom Staat finanziert werden, weil sie jederzeit widerrufbar ist. Die Delegierung untersteht der Weisungsbefugnis des Staates. Der Staat kann jederzeit anstelle der Provinz entscheiden. Allerdings muß gemäß Autonomiestatut das, was delegiert wird, vom Staat finanziert werden. Man übernimmt eine Reihe von delegierten Befugnissen, die keine autonomen Befugnisse sind. Ansonsten müßten sie mit Verfassungsgesetz übertragen werden. Rund 1.000 Milliarden Lire übernimmt die Provinz zur Finanzierung delegierter Befugnisse, anstatt darauf zu bestehen, sie in Autonomie zu übernehmen und selbst für die Finanzierung aufzukommen. Das nennt sich dynamische Autonomie! Gerade die Herren Zeller und Brugger haben ja Verfassungsgesetzentwürfe eingebracht, wobei sie auf die Verfassungsreform hin 1995 und 1996 vorgeschlagen haben, daß alles beim alten bleiben soll. Man fordert weder neue Befugnisse für die Region noch die Abschaffung der Koordinierungsbefugnis. Es bleibt also alles beim alten. Was ist jetzt los? Ich habe noch 3 Minuten Redezeit zur Verfügung.

PRESIDENTE: Siccome sono le ore 19 e altri consiglieri vogliono parlare, Lei potrà finire il Suo intervento la prossima volta.

La seduta è tolta.

ORE 19.00 UHR

SITZUNG 201. SEDUTA

5.6.1998

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BENEDIKTER 8, 11, 26, 33, 39, 45, 48, 49, 50, 52, 53, 55, 57, 60, 61, 62, 63

BERGER 41

BOLZONELLO 24, 35, 57

DI PUPPO 13, 19, 22, 27

FRASNELLI 4

FRICK 37, 42, 47, 51, 59

HOLZMANN 7, 10, 36

IANIERI 14, 15, 20, 23, 28

KLOTZ 4, 51, 58, 59, 62

KURY 5, 7, 10

LEITNER 6, 44

MINNITI 8, 18

WILLEIT 21, 43, 47, 50, 56

ZENDRON 9, 23, 25, 31, 38, 39, 44, 48, 52, 55, 59